

# Sozialdemokratischer Pressedienst

**Redakteur und Chefredakteur:**  
Eric Nitzsche, Berlin.  
Telefon: Amt Dörfel 4104-4106



**Adresse für Briefe und Bestellungen:**  
Berlin O 30 61, Zehn-Sonnen-Platz 6  
Telefon: Copeland

Die Zeitung erscheint im Selbstverlag.

Der Inhalt ist nur auf Grund eigener Recherche möglich. Haftung für alle Teile ist ausgeschlossen, wenn nicht anders vermerkt ist. Copyright für alle Teile ist vorbehalten.

Berlin, den 15. November 1931.

Was wird in Hessen?

Int. Institut  
Soz. Geschichts  
Amsterdam

SPD. Am Sonntag, dem 15. November finden in Hessen die Neuwahlen zum Landtag statt. Im Wahlkampf steht die Reichspolitik im Vordergrund. Es wird darum gerungen, ob der Zug zu den extremen Parteien, den die bisherigen Wahlen aufgezeigt haben, auch in Hessen das bisherige politische Bild verändern werden.

Die bisherigen hessischen Landtagswahlen haben in der Bevölkerung wenig Teilnahme gefunden. Der Prozentsatz der Wähler war bei den Landtagswahlen immer ganz unverhältnismässig gering. Noch bei der letzten Landtagswahl beteiligten sich nur rund 55 Prozent der Wähler. Bei der Reichstagswahl vom 14. September 1930 war der Prozentsatz der Wahlbeteiligung auf nicht ganz 80 Prozent angestiegen. Auch bei den Reichstagswahlen ist demnach ein sehr erheblicher Prozentsatz der Wähler nicht an die Wahlurne gegangen. Unter diesen Umständen ist zu erwarten, dass nicht nur das Gesetz der bisherigen Wahlen sich am Sonntag wieder zeigen wird, sondern dass auch aus der Zahl der bisherigen Nichtwähler durchaus Ueberraschungen möglich sind.

Die grosse Zahl der Nichtwähler erklärt sich aus der Struktur des Landes. Es ist vorwiegend agrarisch und vorwiegend kleinbäuerlich. Ein grosser Teil der Bevölkerung wohnt zerstreut in kleinen Gemeinden auf dem flachen Lande. Selbst die intensive Propaganda durchorganisierten Parteien ist bei den bisherigen Wahlen dadurch auf Schwierigkeiten gestossen. Im jetzigen Wahlkampf, der mit ungeheurer Intensität geführt wird - allein von der Sozialdemokratischen Partei sind über 50 Reichstagsabgeordnete in dem Lande tätig, das etwa 930 000 Wahlberechtigte aufweist, - wird vor allem um die zerstreut wohnende Bevölkerung des flachen Landes gerungen. Hier versuchen die Nationalsozialisten die eben erst unter dem Aufwand grosser Mittel ihre Organisation in Hessen ausgebaut haben, durch ihr Auftreten und ihre militärähnliche Propaganda Eindruck zu erwecken.

Die Bevölkerung Hessens, soweit sie auf dem flachen Lande wohnt, stellt die Sozialdemokratische Partei vor schwierige propagandistische Aufgaben. Eine solche Bevölkerung wird in verworrenen Zeiten leicht die Beute extremer Strömungen und geschwollener grosssprecherischen Schlagworte. Oberhessen war bereits einmal der Brutherd einer antisemitischen starken Bewegung. Hier hoffen die Nationalsozialisten deshalb die bisherigen Nichtwähler in sehr starker Masse zu sich heranzuziehen.

Bei der Reichstagswahl vom 14. September 1930 erzielte die Sozialdemokratische Partei 215 000 Stimmen, die NSDAP 137 000 Stimmen, das Zentrum erzielte 104 000 Stimmen und die KPD 84 000 Stimmen. Neben diesen vier grossen Parteien gab es mit Ausnahme des Landbundes, der 57 000 Stimmen erreichte, keine andere Partei, deren Stimmenzahl über 50 000 hinausging. Bei der jetzigen Landtagswahl wird das Hauptringen zwischen diesen vier grossen Parteien vor sich gehen. Dafür, dass der Prozess der Zerreibung der bürgerlichen Mittelparteien durch die Nationalsozialisten gerade in Hessen nicht wirksam werden sollte, besteht

nicht der mindeste Anhaltspunkt. Die Nationalsozialisten rechnen vielmehr damit, dass sie diesen Prozess in Hessen kräftig weitertreiben werden, und dass damit die Grundlage der bisherigen Regierungskoalition in Hessen verschwinden wird.

Hessen ist bisher ohne alle Koalitionskrisen von einer Regierung der Weimarer Koalition regiert worden. Nach dem Wahlergebnis der Reichstagswahl vom 14. September 1930 würde die Weimarer Koalition im Landtag nur noch genau die Hälfte der Mandate besitzen. Es genügt also eine geringe Verschiebung zu den Extremen nach rechts und nach links, um die koalitionsmäßige Grundlage der bisherigen Regierung zu beseitigen. Hessen würde dadurch vor einer sehr schwierigen Regierungsbildung stehen. Höchst wahrscheinlich wird nach der Wahl das Zentrum sich darüber zu entscheiden haben, ob es in Hessen gemeinsam mit den Nationalsozialisten eine Rechtsregierung bilden soll.

Fällt die Wahl gegen die bisherige Regierung aus, so könnte Hessen zum Probierlande werden, in dem das Experiment der Zusammenarbeit Brüning-Hitler, auf die Landespolitik übertragen, gemacht wird. Ein solches Experiment würde in mehrfacher Hinsicht interessant sein. Sicherlich würden die Dinge bei einer solchen Regierung für die Nationalsozialisten nicht so einfach liegen wie in Braunschweig wo die bürgerlichen Parteien vor ihnen auf den Knien rutschen!

SPD. Dresden, 12. November (Eig. Drahtb.)

Dem sozialdemokratischen Organ in der Lausitz ist ein Bericht über eine vertrauliche Konferenz von Naziführern in dem Orte Neu-Gersdorf in die Finger gefallen. Er bestätigt vor allem, dass die Nazis aus industriellen Geldquellen gespeist werden. Allerdings scheint das Geld nicht reichlich genug zu fließen, um alle Ausgaben decken zu können; denn der Grundton aller Ausführungen in der Sitzung war immer wieder der Schrei: Schafft Geld, ganz gleich wie.

Anerkannt wurde nach dem Bericht, dass die Grossindustrie für jeden beschäftigten Arbeiter einen Pauschalsatz abführt und die Kohlensyndikate für jede geförderte Tonne Kohle einen bestimmten Beitrag in die Nazikasse fließen lassen. Das alles sei aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Festgestellt wurde ferner, dass die Referentengelder bei der Nazipartei höher seien als bei anderen Parteien, dass die Gehälter der Nazibonzen in der Zeit der größten Volksnot von Monat zu Monat steigen und dass Braune Häuser und SA-Kasernen unheimliche Summen verschlingen.

SPD. Der Reichsminister des Innern stellte sich dem Reichsrat am Donnerstag in seiner Eigenschaft als Innenminister vor. Groener hielt bei dieser Gelegenheit eine Ansprache, in der er u. a. ausführte:

Nichts liegt mir ferner in meiner neuen Tätigkeit, als etwa durch Massnahmen von oben her die selbständige Tätigkeit der Länder irgend wie zu beschränken. Am liebsten wäre mir persönlich, wir könnten ohne all die Verordnungen arbeiten und leben, die leider Gottes durch den Zwang der Verhältnisse uns aufgenötigt sind. Sie werden bei mir stets ein offenes Ohr finden für alle Wünsche der Länder. Ich werde niemals einen Standpunkt einnehmen, der bei den sachlichen Auseinandersetzungen zwischen Reich und Ländern dazu führen könnte, irgend einen Konflikt herbeizuführen. Im Gegenteil bin ich der Auffassung, und ich habe das immer als Richtschnur meines Handelns vorangestellt, dass man weiterkommt, wenn man sich zusammentut und die oft schwierigen Probleme in aller Ruhe und Sachlichkeit bespricht. Ich habe für nächsten Dienstag die Innenminister der Länder hierhergebeten, um über die laufenden Probleme der Innenpolitik eine Aussprache herbeizuführen. Ich bin ja mit einem grossen Teil der

Probleme bisher überhaupt nicht befasst gewesen. Es ist mein aufrichtiger Wunsch und mein ehrliches Bedürfnis in einer rückhaltlosen offenen Aussprache mit den Innenministern der Länder meine eigenen Anschauungen zu klären und daraus zu lernen.

In den letzten Tagen hat die Presse etwas Wellen geschlagen, indem sie behauptete, dass ein Konflikt zwischen mir und der preussischen Staatsregierung ausgebrochen sei. Von diesem Konflikt habe ich zu keiner Stunde auch nur das Geringste empfunden. Ich möchte das hier betonen, um jeder Legendenbildung vorzubeugen. Die Sache war ausserordentlich einfach. Es waren zwei Anschauungen im Ueberwachungsausschuss, und ich habe es für nötig gehalten, die preussische Staatsregierung darauf hinzuweisen und ihre Hilfe zu erbitten in einer Form, gegen die der preussische Ministerpräsident nicht das mindeste eingewendet hat. Nun ist die Sache aber nicht so, dass etwa sachliche Differenzen uns irgend wie getrennt hätten. Ich bin überzeugt, dass, wenn die Zeit gewesen wäre, dies sachliche Angelegenheit in gegenseitiger Aussprache zu klären, überhaupt niemand davon erfahren hätte. Aber eines möchte ich sagen: dass es für mich unträglich ist, wenn mir plötzlich wenige Stunden, ehe der Vortrag im Rundfunk steigen soll, eine Entscheidung vorgelegt wird, die nicht in wenigen Stunden erledigt werden kann. Das ist ganz ausgeschlossen, und so habe ich das grösste Interesse daran - und ich glaube, dass auch die Länder dasselbe Interesse haben - dass wir so frühzeitig von all diesen Absichten, die mit dem Rundfunk zusammenhängen und politischer Art sind, unterrichtet werden, dass das Reichsinnenministerium sich mit den betreffenden Ländern in Verbindung setzen kann und dass genügend Zeit bleibt, um etwa bestehende auseinandergelagerte Meinungen zu beseitigen. Und daraufhin werde ich mir erlauben, die zurzeit bestehenden Bestimmungen nachzuprüfen und nach einer Aussprache auch mit dem preussischen Ministerpräsidenten, die für nächste Woche vorgesehen ist, Ihnen zu gegebener Zeit mit entsprechenden Vorschlägen zu kommen.

Staatssekretär Weismann dankte im Namen des Reichsrats für die Begrüssungsworte des Ministers und fügte hinzu: Ich danke Ihnen, Herr Reichsminister, für die Erklärung, die Sie dahin abgegeben haben, dass zwischen dem Reichsministerium des Innern und der preussischen Regierung oder irgend einer anderen Länderregierung kein Konflikt inbezug auf die Rundfunkangelegenheiten besteht. Wir haben es auch nicht so aufgefasst. Im übrigen ist die preussische Regierung, und ich bin überzeugt, sind alle übrigen Länderregierungen gern bereit, alle etwa auftretenden Meinungsverschiedenheiten wie bisher in gütlicher Aussprache mit der Reichsregierung zu erledigen. Wir werden uns überlegen, wie wir Ihren Wunsch erfüllen können, dass die Ueberwachungsausschüsse nicht in letzte Minute vor wichtige Entscheidungen gestellt werden. Es handelt sich dabei lediglich um eine technische Frage, die einfach zu lösen sein wird, wenn die bereits vorhandenen Bestimmungen der Sendegesellschaften tatsächlich innegehalten werden.

+ + +

Die Erklärungen des Reichsinnenministers muten reichlich komisch an. Gewiss ist der gegenwärtige Streit um den Berliner Rundfunk eine Bagatelle, die wirklich nicht den Aufwand an Zeit und Kraft lohnt, der ihr in den letzten Tagen in der Presse aller Richtungen gewidmet worden ist. Aber warum ist es das so gekommen? Doch nur, weil das Reichsinnenministerium von dem bisher üblichen Brauch, Meinungsverschiedenheiten zwischen zwei Ressorts unter sich zu bereinigen, abgewichen ist und eine "technische Frage" zum Anlass von Erklärungen vor der Presse genommen hat, die einfach paradox waren. Die Worte des Reichsinnenministers in der Donnerstag-Sitzung des Reichsrats, dass er "niemals einen Standpunkt einnehmen werde", der bei den sachlichen Auseinandersetzungen zwischen Reich und Preussen zu einem Konflikt führen werde, in allen Ehren. Wie aber sind diese Worte mit den Erklärungen vor der Presse über den Rundfunkvortrag zum 9. September in Einklang zu bringen?

Wir nehmen gerne davon Kenntnis, dass der Reichsinnenminister von einem Konflikt zwischen ihm und Preussen in Sachen des Rundfunks nichts wissen will. Es wäre dann aber zumindestens auch seine Pflicht gewesen, von vornherein nicht den Eindruck zu erwecken, als ob ein derartiger Konflikt bestehen würde. Dass dieser Eindruck ohne jeden zwingenden Grund durch die Erklärungen vor der Presse hervorgerufen worden ist, kann niemand bestreiten.

Und das Ende vom Lied? Die für den Rundfunk bestimmten Vorträge sollen in Zukunft nicht nur einige Tage sondern 8 Tage vorher eingereicht werden. So ist wieder einmal ein grosser Aufwand für eine kleine Sache nutzlos vertan worden, die in einer persönlichen Unterredung zwischen dem Reichsinnenminister und dem preussischen Ministerpräsidenten in zwei Minuten hätte abgetan werden können.

SPD. Frankfurt/M., 12. Nov. (Eig. Drahtb.)

Von den fünf angeklagten Direktoren im Favag-Prozess sind die Angeklagten Madje, Schumacher und Lindner zu der Anklage bereits vernommen. Das Gericht beschloss deshalb am Donnerstag, künftig auf ihre Anwesenheit zu verzichten.

Der angeklagte Notar Dr. Kirschbaum, der behauptet, bei der Frankfurter Industrie-Kredit G.m.b.H. sich lediglich als "Aussenseiter" gefühlt zu haben, hat im Zeitraum von zwei Jahren 58 500 Mark aus den bei der Industrie-Kredit zugunsten der Favag ausgebuchten Avalprämien (Wechselbürgschaftsprämien) persönlich für sich genommen. Generaldirektor Dumcke und Direktor Becker haben übrigens ebenfalls erhebliche Beträge unter dem gleichen Titel eingesteckt. Die Bilanz der Industrie-Kredit wurde so von einem Verlust von 71 000 Mark durch eine Rückbuchung von 83 000 Mark zu einer Ueberschussbilanz frisiert, um die Voraussetzungen für Sondervergütungen zu schaffen.

Dem Angeklagten Kirschbaum wird vorgehalten, dass ihm als Jurist doch Zweifel hätten kommen müssen, wenn Becker im Namen von fünf Gesellschaften sich selbst und Kirschbaum Vergütungen bewilligt habe. Kirschbaum verteidigt sich mit der Behauptung, dass er niemals an der Rechtmässigkeit dieser Ueberweisungen gezweifelt habe.

Es kommt dann noch ein weiterer Fall von Schmiergeldgewährung der Favag zur Sprache: Der frühere Direktor der Nassauischen Landesbank Wiechert hat Beträge von 7 500 und 5 000 Mark erhalten, offenbar als private Belohnung dafür, dass seine Bank der Favag einen Kredit eröffnete.

SPD. München, 12. November (Eig. Drahtb.)

Auf dem Münchener Flugplatz Oberwiesenfeld stürzte am Donnerstag-Abend aus 70 Meter Höhe eine Privatflugmaschine ab. Beide Insassen, der Sohn des Tabakindustriellen Raulino und ein Student aus Düsseldorf, wurden getötet. Die Maschine wurde vollständig zertrümmert.

SPD. Paris, 12. November (Eig. Drahtb.)

Der Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Trendelenburg und die Vorsitzenden der deutschen Unterausschüsse der deutsch-französischen Wirtschaftskommission sind am Donnerstag-Nachmittag in Paris eingetroffen. Am Freitag findet die erste gemeinsame Sitzung der Deutschen und Franzosen statt. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Tarnow, der die deutschen Gewerkschaften in der Kommission vertritt, wird vorher eine Unterredung mit dem Vertreter des allgemeinen französischen Gewerkschaftsbundes (CGT), Chevalme, haben.

SPD. Hamburg, 12. November (Eig. Drahtb.)

Im Hamburger Nazimord-Prozess beantragte Oberstaatsanwalt Dr. Lehmann am Donnerstag gegen die Angeklagten Höckmair 10 Jahre, gegen Janssen 9 Jahre und gegen Bammel 8 Jahre Zuchthaus.

In der Begründung dieses Antrags führte Oberstaatsanwalt Dr. Lehmann u.a. aus, dass die Bluttat im Nachtautobus, der das kommunistische Bürgergeschäftsmitglied Henning zum Opfer fiel, ausserordentlich grausam und feige gewesen sei. Feststehe, dass alle drei Angeklagten vorsätzlich gehandelt hätten. Alle drei hätten geschossen, sodass man von einer vorsätzlichen Tötung sprechen müsse. Ob man auch von Ueberlegung, also auch von Mord sprechen könne, sei zweifelhaft. Eine vorherige Verabredung zu der Tat habe wohl nicht vorgelegen. Die Angeklagten seien erst im Autobus bei der Auseinandersetzung mit den Kommunisten zu dem Entschluss gekommen, zu schießen. Eine Verabredung in diesem Augenblick sei wohl kaum möglich gewesen, daher komme eine bewusste Ueberlegung nicht in Frage. Immerhin sei die Tat sehr schwer zu verurteilen.

SPD. In der Donnerstag-Sitzung des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei widmete der Parteivorsitzende Otto Wels dem verstorbenen Landtagspräsidenten Friedrich Bartels herzliche Worte des Gedenkens.

Die Leiche von Friedrich Bartels wird zunächst in der Amtswohnung des Landtagspräsidenten aufgebahrt werden. Die Ehrenwache stellt das Reichsbanner, dessen Mitglied und Förderer der Verstorbene war. Am Sonnabend erfolgt die Ueberführung des Sarges in die Wandelhalle des Landtagsgebäudes. Dort wird am Montag um 3 Uhr nachmittags eine Trauerfeier abgehalten, in deren Verlauf ein Vizepräsident des Landtags, Ministerpräsident Braun und ein Vertreter der Sozialdemokratischen Landtagsfraktion das Wort nehmen werden. Im Anschluss an diese Feier wird der Sarg in das Krematorium in der Gerichtstrasse überführt. Hier wird dann die Sozialdemokratische Partei von Friedrich Bartels für immer Abschied nehmen. Die Gedächtnisrede hält Otto Wels.

Die Vizepräsidenten des Preussischen Landtages haben dem verstorbenen Präsidenten Friedrich Bartels einen Nachruf gewidmet, in dem es u.a. heisst: "Der Verstorbene gehörte dem Preussischen Parlament seit der verfassunggebenden preussischen Landesversammlung für den Wahlkreis Potsdam II an. Zum Präsidenten der preussischen Volksvertretung wurde Herr Bartels erstmalig am 8. Januar 1925 gewählt, nachdem er von 1919 bis 1924 den Hauptausschuss des Preussischen Landtags als Vorsitzender geleitet hatte. Dem hohen Amte als Präsident des Preussischen Landtags hat sich der Verstorbene mit Hingebung gewidmet. Güte und Ausgleich und das Bestreben, jedem Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, waren die Richtlinien seiner Amtsführung. Das Andenken des verewigten Präsidenten Bartels wird von dem Landtag stets in Ehren gehalten werden.

Der Nachruf wird im preussischen Staatsanzeiger veröffentlicht werden.

Zum Zeichen der Trauer für Friedrich Bartels vertagte der Hauptausschuss des Preussischen Landtags seine Beratungen um eine Stunde.

SPD. München, 12. November (Eig. Drahtb.)

Der flüchtige Heimwehputschist Dr. Pfrimer hat am Donnerstag München und Bayern verlassen, um über die Schweiz und Italien nach Jugoslawien zu reisen. Das Ende seines Aufenthaltes in Deutschland ist auf das Eingreifen der Münchener Polizei zurückzuführen, die bereits am letzten Sonnabend den gescheiterten Hochverräter als lästigen Ausländer aufforderte, Bayern so rasch

als möglich zu verlassen.

Als Pfrimer am 18. Oktober auf dem gleichen Weg, den er jetzt wieder zurück genommen hat, in München eingetroffen war, gab er sowohl der Polizei wie der Öffentlichkeit das feierliche Versprechen, dass er sich jeder politischen Betätigung enthalten und er insbesondere keine Verbindung mit der Hitlerbewegung aufnehmen werde. Diese Zusage schien er zunächst einzuhalten, da er sich dem Jagdvergnügen ausserhalb Münchens hingab. Nach seiner Rückkehr hatte er aber Besprechungen mit Komplizen seines steiermärkischen Putsches, dem Grafen Lamberg, der sich seit dem 14. September wieder in Bayern als bayerische Staatsangehöriger aufhält und den beiden aus Österreich zugereisten von Pach und Lux. Diese heimliche Zusammenkunft wurde verraten durch den sogenannten Pressechef des Fürsten Starhemberg Dr. Thaler, der sich zur Ueberwachung Pfrimers bis Anfang November selbst in München aufgehalten hat. Dr. Thaler behauptete, dass er Zeuge einer Unterredung gewesen sei, in der zwischen den vier Pfrimerleuten die Möglichkeit einer von Bayern aus geführten Aktion besprochen wurde. Der neue Putsch sollte angeblich in der Nacht vom 8. auf den 9. November in Österreich losgehen, wozu nationalsozialistische Kräfte aus Bayern bei Schärding über die österreichische Grenze marschieren sollten.

Von diesen angeblichen Plänen erhielt die Münchener Polizei von dritter Seite Kenntnis, worauf sie am letzten Sonnabend Pfrimer und den Grafen Lamberg verhaftete. Des Dr. Thaler konnte sie aber nicht mehr habhaft werden, da er bereits nach Österreich ausgerückt war. Ueber das Ergebnis der Untersuchung teilt die Polizeidirektion folgendes mit:

"Dr. Pfrimer hatte in München nur einmal mit Graf Lamberg und den beiden Österreichern von Pach und Lux eine Unterredung und zwar in einem Kaffeehaus. Bei dieser Besprechung wurde lediglich eine private Angelegenheit eines in Österreich wohnenden ehemaligen bayerischen Offiziers behandelt. Gemeint ist wahrscheinlich der Freiherr von Prankh, der sogenannte Generalstabschef des steiermärkischen Hahnenschwänzlers, in dessen Händen die militärische Leitung des September-Putsches lag. Dass dabei auch ein neuer Putschplan Pfrimers besprochen wurde, ist frei erfunden. Der Verbreiter dieses Gerüchtes, Dr. Thaler, war bei dieser Unterredung gar nicht anwesend. Diese Tatsache in Verbindung mit dem Umstand, dass Dr. Thaler beim polizeilichen Zugriff schon aus München verschwunden war, legt die Annahme nahe, dass Dr. Thaler aus irgendwelchen Gründen seinem Widersacher Pfrimer Schwierigkeiten bereiten wollte."

"Diese Darstellung der Münchener Polizeidirektion stützt sich offenbar auf die Aussage Pfrimers, sodass lebhaftere Zweifel daran berechtigt sind, ob sie dem wirklichen Sachverhalt entspricht. Der Polizei und der bayerischen Regierung schien es jedenfalls geraten, den Putschisten so rasch als möglich über die Grenze zu bringen. Pfrimer schickte deshalb seinen Pass sofort nach nach Belgrad, um die Einreiseerlaubnis nach Jugoslawien zu bekommen. In der Zwischenzeit wurde er überwacht und musste sich täglich mehrere Male auf der Polizei melden. Nachdem am Mittwoch die Einreiseerlaubnis eingetroffen war, verliess Pfrimer am Donnerstag München und überschritt am Bodensee die deutsch-schweizerische Grenze.

SPD. Der Reichsminister des Innern hat am Donnerstag zu dem Konflikt um den Berliner Rundfunk folgende Erklärung veröffentlicht lassen:

"Gegen meinen Vertreter im Ueberwachungsausschuss der Funkstunde, Ministerialrat Scholz, ist in einem Teil der Presse der Vorwurf erhoben worden, er habe mich in der Angelegenheit des Rundfunkvortrages Höltermann falsch unterrichtet und getäuscht. Diese für die Ehre eines mir unterstellten Beamten schwer verletzende Bemerkung weise ich entschieden zurück.

Dazu erklärt der gegenwärtige Vorsitzende des Ueberwachungsausschusses, der preussische Landtagsabgeordnete der Staatspartei Riedel u.a.:

"Hier muss der Herr Innenminister einer irrigen Berichterstattung zum Opfer gefallen sein. Tatsächlich hatte der Ueberwachungsausschuss eine endgültige Fassung des Vortrages Höltermann am Montag-Nachmittag überhaupt noch nicht genehmigt, sondern unter Mitwirkung des Herrn Reichsvertreters die Leitung der Funkstunde ersucht, mit dem Vortragenden selbst noch über eine ganze Reihe von Änderungsvorschlägen des Ueberwachungsausschusses zu verhandeln, und es war durchaus offen geblieben, ob bei Ablehnung dieser Vorschläge auch der Ueberwachungsausschuss nicht wieder hätte zusammenberufen werden müssen. Tatsächlich sind in der letzten halben Stunde vor dem Vortrage selbst noch ganz wesentliche Abänderungen mit dem Vortragenden vereinbart worden. Darunter befindet sich auch ein vom Reichsinnenministerium noch am Mittwoch zu seiner Rechtfertigung verbreitetes Zitat, das in Wirklichkeit im Vortrag selbst überhaupt nicht mehr enthalten, sondern grundlegend geändert war. Es darf angesichts der Tatsache, dass eine andere, anscheinend nicht vom Minister selbst stammende Erklärung aus dem Reichsinnenministerium von Unwahrheiten usw. spricht nunmehr die Frage an den Herrn Minister gerichtet werden, ob ihm der Herr Reichsvertreter auch berichtet hat, dass er im Ueberwachungsausschuss erklärt hat, er würde im Falle Höltermann ganz anders mit sich reden lassen, wenn ihm nicht in den letzten Tagen einige andere Darbietungen des Rundfunks und zwar solche literarischer Natur, durchaus missfallen hätten. Im übrigen hat in der Sitzung des Ueberwachungsausschusses der Herr Reichsvertreter selbst mehrfach anerkennen müssen, dass die preussischen Mitglieder sich durchaus im Rahmen der Richtlinien hielten, und er wird nicht bestreiten können, dass die preussischen Mitglieder sich die allergrösste Mühe gegeben haben, mit ihm zu einer restlosen Einigung zu gelangen. Aus diesem Grunde ist auch keine Abstimmung vorgenommen worden. Ich habe pflichtgemäss nunmehr dem Herrn preussischen Ministerpräsidenten einen eingehenden Bericht über die tatsächlichen Vorgänge im Ueberwachungsausschuss erstattet, und damit ist für mich die öffentliche Diskussion dieses Falles erledigt."

-----  
SPD. Paris, 12. November (Eig. Drahtb.)

Kammer und Senat traten am Donnerstag nach mehr als viermonatiger Pause wieder zusammen. Die Kammer war durch starke Polizeikräfte gesichert, da von den Kommunisten Arbeitslosenkundgebungen angekündigt waren. Bis in die späten Nachmittagsstunden blieb aber alles ruhig. Das Haus und die Tribünen waren stark besetzt. Auf der Ministerbank hatten u. a. Laval, Briand, Tardieu und Maginot Platz genommen.

Der Ministerpräsident schlug im Verlauf der Sitzung vor, am Dienstag mit der Besprechung der Interpellationen über die Aussenpolitik zu beginnen. Ein früheres Datum könne er nicht annehmen, da er noch am Donnerstag vor dem auswärtigen Ausschuss und dem Finanzausschuss der Kammer und am Freitag vor den gleichen Ausschüssen des Senats Erklärungen über die Verhandlungen in Paris, London, Berlin und Washington abzugeben versprochen habe. Die Kammer erklärte sich mit dem Vorschlag des Ministerpräsidenten einverstanden.

Der Sozialist Léon Blum beantragte darauf, am Freitag mit der Debatte der Interpellationen über die Arbeitslosigkeit zu beginnen. Die Kammer wünsche angesichts der immer grösser werdenden Arbeitslosigkeit zu wissen, was die Regierung auf diesem Gebiet bereits getan habe und was sie noch zu tun gedenke. Es müsse sofort etwas geschehen, um eine Zunahme der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Der von der Regierung eingebrachte Gesetzentwurf über die Ausführung grosser öffentlicher Arbeiten im Betrage von drei Milliarden Francs sei nicht ausreichend zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und habe keine sofortige Wirkung. Er müsse die Frage aufwerfen, ob die Regierung bereit sei, den Gemeinden grössere Summen für ihre Unterstützungsfonds zur Verfügung zu stellen, ob sie die Arbeitszeit allgemein verringern wolle, um allen Arbeitern ihren Lebens-

unterhalt zu sichern, und ob sie die Arbeitslosenversicherung schaffen wolle. Als das Wort "Arbeitslosenversicherung" fiel, ertönten auf der Rechten und in der Mitte höhnische Rufe, worauf Léon Blum erwiderte: "Was wäre aus Deutschland und England geworden, wenn sie nicht die Arbeitslosenversicherung gehabt hätten?"

Laval antwortete sofort: Dem Senat liege ein Gesetzentwurf vor, der den Gemeinden erlaube, sich die notwendigen Kredite zur Ausführung von öffentlichen Arbeiten zu beschaffen. Ausserdem werde die Regierung am Freitag eine Verordnung erlassen, durch die den Arbeitslosen, die kein Anrecht mehr auf Unterstützung haben, eine Beihilfe gewährt werden soll. Auf die Frage Blums, was aus Deutschland und England ohne Arbeitslosenversicherung geworden wäre, müsse er erwidern, dass beide Länder sich ohne diese Versicherung wahrscheinlich nicht in einer so ernsten finanziellen Lage befinden würden. (Beifall rechts und in der Mitte.) Schliesslich erklärte sich der Ministerpräsident damit einverstanden, dass die Besprechung der Interpellationen über die Arbeitslosigkeit am Freitag beginnen und in der nächsten Woche eventuell in Vormittags-sitzungen fortgesetzt werden. Die Kammer beschloss so.

Der Rest der Sitzung war der Festsetzung der Reihenfolge der Besprechung der übrigen Interpellationen gewidmet, unter denen besonders die der Sozialisten Blum und Grumbach über die Folgerungen, die die Regierung aus den Konferenzen und Besprechungen von Paris, London, Berlin und Washington zu ziehen gedenkt, zu erwähnen ist.

SPD. Der Hauptausschuss des preussischen Landtages beschäftigte sich am Donnerstag mit Massnahmen zum Schutze des Neuhausbesitzes. Es lagen Anträge von sämtlichen Parteien vor. Der Vertreter des Wohlfahrtsministeriums erklärte dass ein Verzicht auf Zins- und Tilgungszahlungen für Hauszinssteuerhypotheken nicht in Frage käme, wohl aber sei zu prüfen, ob in Einzelfällen durch Kapitalhergabe oder Zinszuschüsse geholfen werden könne, soweit Mittel vorhanden seien. Ähnlich sprachen sich auch die Vertreter der anderen Ministerien aus.

Angenommen wurde ein Antrag des Berichterstatters Drügemüller (Soz): Danach wird das Staatministerium ersucht, Verzinsung bzw. Tilgung der Hauszinssteuerhypothekendarlehen auszusetzen, auf eine Senkung der Zins- und Tilgungssätze für sonstige Hypotheken hinzuwirken und alle Massnahmen zu unterstützen, die geeignet sind, eine Vereinbarung zwischen Gläubiger und Schuldner hinsichtlich Senkung der Zins- und Tilgungssätze zu fordern. Auch die vor dem 1. April 1931 fertiggestellten Neubauten sollen nach den Grundsätzen des Grundvermögensteuergesetzes von der gemeindlichen Grundvermögenssteuer, soweit es noch nicht geschehen ist, freigestellt werden. Zinszuschüsse aus Hauszinssteuermitteln sollen in den Fällen gewährt werden, in denen die genannten Massnahmen eine noch nicht genügende Entlastung gebracht haben. Den sozial bedrängten Inhabern von Neubauwohnungen sollen aus Mitteln der Hauszinssteuer Mietbeihilfen gewährt werden. Es soll auch geprüft werden, ob das System der Hauszinssteuersenkung für bedürftige Mieter durch die Form der Gewährung von Beihilfen zu ersetzen ist.

Annahme fand ferner der Zusatzantrag Dr. Neumann (DVP), auf die Reichsregierung einzuwirken, dass die vor dem 1. April 1931 fertiggestellten Neubauten auch von Reichssteuern befreit werden, soweit sie ohne öffentliche Unterstützung oder ohne verlorene Bankkostenzuschüsse errichtet worden sind.



SPD. Neumünster, 12. November (Eig. Dr.)

Der am Mittwoch Abend erfolgte Mord an dem Nationalsozialisten Martens hat inzwischen zur Verhaftung des hiesigen Kommunistenführers Weissig geführt. Weissig ist wegen eines Ueberfalles auf einen Polizeibeamten mit 10 Monaten Gefängnis vorbestraft.

SPD. Die Generalaussprache im Wirtschaftsbeirat bei der Reichsregierung ist am Donnerstag Abend abgeschlossen worden. Ämtlich wird dazu mitgeteilt: "Die aus den Mitgliedern des Wirtschaftsbeirates der Reichsregierung gebildeten beiden Ausschüsse für Fragen der Produktionskosten und Preise und für Fragen des Zinses und des Kredits haben ihre Generalaussprache am Donnerstag in einer Vormittags- und einer Nachmittagsitzung in der Reichskanzlei unter Vorsitz von Reichskanzler Dr. Brüning zu Ende geführt. Die Reichsregierung wird nunmehr während der nächsten Tage unter Leitung der nächstbeteiligten Reichsminister in Einzelbesprechungen mit den Ausschussmitgliedern die Formulierung von Leitsätzen für die Gestaltung des Wirtschaftsprogramms vorbereiten. Diese Leitsätze sollen den beiden Ausschüssen, die nach dem Busstag in der zweiten Hälfte der nächsten Woche, wieder tagen, endgültig gutachtlich vorgelegt werden."

Das Communiqué der Reichsregierung, das materiell nichts sagt, entspricht der Haltung der Regierung, die sie während der Beratungen des Wirtschaftsbeirates eingenommen hat. Die Regierung verzichtete während dieser Besprechungen auf eine eigene Initiative. Sie beschränkte sich darauf, Anregungen aus dem Kreis des Wirtschaftsbeirates entgegen zu nehmen. Den Verlauf der Dinge denkt sie sich so, dass die beteiligten Reichsminister in Einzelbesprechungen mit den Ausschussmitgliedern versuchen, zu einer Feststellung von Leitsätzen zu kommen. Diese Leitsätze sollen dem angekündigten Wirtschaftsprogramm zu Grunde liegen. Die beiden Ausschüsse selbst werden nach dem Busstag zusammen treten, um von der Regierung gutachtlich gehört zu werden. Es scheint also so, als ob die Regierung bei der Ausarbeitung der Leitsätze die Initiative übernehmen und das Ergebnis der Aussprache in den Ausschüssen auf ihre Ideen und Gedanken abstellen will.

Mittlerweile sind eine ganze Reihe von Fragen, die während der Zeit, in der der Wirtschaftsbeirat vorbereitet wurde, im Zusammenhang mit der englische Pfundentwertung auftauchten bzw. durch eine laute Propaganda herausgestellt wurden, durch die öffentliche Diskussion wesentlich geklärt worden. Vor allem dürfte sich wohl gezeigt haben, dass eine Lösung des Problems der Produktionskosten durch die Formel eines gleichzeitigen Abbaus von Löhnen und Preisen nicht möglich ist, Die Regierung kann und soll - wir haben das immer wieder vorgeschlagen - endlich einmal etwas gegen die Kartelle unternehmen und die Agrarzölle senken. So wird sie auf vielen Gebieten zu einer Preissenkung, die sie immer wieder angekündigt hat, kommen. Aber sie muss sich darüber klar sein, dass eine solche Preissenkung, so begrüssenswert sie im Interesse einer Konjunkturbelebung ist, nicht wesentlich zu einer Senkung der Lebenshaltungskosten wird beitragen können. Ein Vorstoss gegen Löhne und Lohntarife, mag er geartet sein, wie er will, muss deshalb auf Kosten der Kaufkraft gehen. Andererseits ist zu befürchten, dass die englischen Ereignisse keine Umlagerung im Export der einzelnen Wirtschaften, sondern eine Isolierung der einzelnen Wirtschaften bedeuten wird. Deutschland, das mittlerweile an die Spitze der Exportstaaten gerückt ist und neuerdings selbst Amerika übertroffen hat, muss sich mit einer Verringerung seiner Rekordausfuhrüberschüsse abfinden? Ersatz kann es nach Lage der Dinge nur im Inland finden. Der Exportausfall muss also durch eine systematische Pflege der Kaufkraft im Lande selbst ausgeglichen werden. Ein Vorstoss gegen Löhne und Lohntarife würde nur die notwendige Pflege der Kaufkraft vereiteln und durchkreuzen, was nichts anderes als eine Krisenverschärfung bedeutet.

SPD. Dortmund, 12. November (Eig. Dr.)

Unter ausserordentlicher Anteilnahme der Bevölkerung fand am Donnerstag auf dem Dortmunder Zentralfriedhof die Trauerfeier für den verstorbenen Polizeipräsidenten Josef Lübbring statt. Etwa 4 000 Personen, Vertreter der Behörden, der Polizei, das Reichsbanner und Vertreter der Sozialdemokratie folgten seinem Sarge. Tausende hörten auf dem Friedhof die durch Lautsprecher übertragene Trauerfeier.

Im Namen des Freidenker-Verbandes sprach Sekretär Stöcker die letzten Dankes- und Abschiedsworte. Oberregierungsrat Dr. Lange, der Vertreter des Verstorbenen, feierte Lübbring als einen treuen Anhänger der Republik. Minister Severing überbrachte dem "Mann aus dem Volke", dem verdienten Mittler, der den Arbeiter dem Staat und den Staat dem Arbeiter nähergebracht habe, die letzten Abschiedsgrüsse der preussischen Staatsregierung. Regierungspräsident König-Arnberg sprach im gleichen Sinne. Polizeipräsident Melcher-Essen rühmte den aufrichtigen charaktervollen Kollegen und Lanstagsabgeordneter Klupsch-Dortmund dankte dem Verstorbenen im Namen der Sozialdemokratie für sein Wirken für die Partei. Ein Gelöbnis des Reichsbanners, seinem Beispiel nachzueifern, be- schloss die imposante Trauerfeier.

SPD. Die Anteilnahme am Hinscheiden des Landtagspräsidenten Bartels ist ausserordentlich gross. Aus dem In- und Auslande laufen sowohl bei der Familie als auch beim Präsidium des Landtags fortgesetzt Trauerkundgebungen ein.

U. a. haben Beileidstelegramme gesandt: Reichskanzler Dr. Brüning, Reichswehrminister Groener, Reichsminister Schlange-Schöningen, Reichstagspräsident Löbe, Staatssekretär Dr. Abhegg, Ministerpräsident Dr. Braun, Staatssekretär Weismann, Polizeipräsident Grzesinski, Bayerischer Landtagspräsident Stang, der Landesrat des Saargebietes, der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg, die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die Fraktionen der Staatspartei und des Zentrums, das Kartell der Republikanischen Verbände, Oberbürgermeister Dr. Sahm, Kultusminister Grimme und Handelsminister Dr. Schreiber.

Ausserdem liegen Trauerkundgebungen fast aller Parteien vor. Ferner vor allem zahlreich solche der Ortsgruppen der SPD und des Reichsbanners.

SPD. Genf, 12. November (Eig. Drahtb.)

Der Vertreter Chinas beim Völkerbund hat den Ratspräsidenten Briand dringend ersucht gegenüber Japan einzuschreiten, weil Ereignisse von grösster Tragweite einzutreten drohten. Am 12. November habe die Provinzialregierung von Hailunkiang von General Honjo ultimativ gefordert, dass General Ma sein Amt als Gouverneur niederlegen und sofort Tsitsikhar räumen solle. Die japanischen Truppen würden Tsitsikhar längs der Bahnlinie Taonan-Angangchi besetzen. Die chinesischen Truppen hätten sich auf 17 Meilen von Tahsin zurückgezogen, das in den Händen der Japaner sei. Wenn die Japaner die kundgegebene Absicht ausführten und zwar in Verletzung ihrer Versprechungen an den Rat, dann würden sich wahrscheinlich von einem Augenblick zum anderen schwere Kämpfe entwickeln.

Weitere chinesische Noten kündigen den regelmässigen Vormarsch der Japaner von der Nonni-Brücke aus und neue Flugzeug-Bombardements auf das chinesische Lager 30 Kilometer von der Brücke entfernt an; ebenso die gewaltsame Besitzergreifung eines wichtigen chinesischen Kohlenbergwerks in Futschuan, wo sie sofort einen japanischen Direktor und japanische Betriebsleitungen eingesetzt und das chinesische Personal zur Weiterarbeit gezwungen hätten. Andere Angaben betreffen die Fälschung von Grundstückstiteln und Bergwerkslizenzen

zugunsten der Japaner und detaillierte Massnahmen, die China für die Uebernahme der besetzten Gebiete und den Schutz der Japaner ausgearbeitet hat.

Briand hat, ehe er Kenntnis von diesen schwerwiegenden Mitteilungen Chinas hatte einen neuen Appell an beide Staaten zur Einhaltung ihres Verpflichtungen gerichtet.

-----  
SPD. Lübeck, 12. November (Eig. Drahtb.)

Am Donnerstag Mittag versuchten Kommunisten, die an einer Erwerbslosen-Kundgebung in der Zentralhalle teilgenommen hatten, trotz des bestehenden Umsatzverbotes im Innern der Stadt zu demonstrieren. Der Aufforderung der Polizei, auseinanderzugehen, wurde nicht Folge geleistet. Vielmehr griff ein Teil der Demonstranten drei Polizeibeamte an. In der Notwehr machte die Polizei von ihrer Schusswaffe Gebrauch. Der 50jährige Schuhmacher Friedrich Schmütt wurde durch einen Schuss in den Leib tödlich verletzt.

-----  
SPD. London, 12. November (Eig. Drahtb.)

MacDonald beginnt bereits die Last der konservativen Mehrheit zu spüren. Nicht nur im Unterhaus, auch in der Regierung selbst entfalten die Schutz-zöllner eine rege Tätigkeit, um MacDonald zu schnellem Handeln in ihrem Sinne zu treiben.

In der Frage des Zollschatzes ist es dem Führer der nationalen Regierung bisher möglich gewesen, sich allem Drängen durch den Hinweis auf die noch schwebende Untersuchung über diesen Punkt zu entziehen. In der Frage der unmittelbar zu ergreifenden Einfuhrbeschränkung jedoch, die dem angeblich gewaltsam wachsenden Dumping ausländischer Waren begegnen soll, ist seine Lage bedeutend schwieriger. Die neuerdings veröffentlichten Zahlen über den englischen Aussenhandel im Monat Oktober werden von den Schutzzöllnern Englands in skrupelloser Weise ausgenutzt, um zu beweisen, dass das Ausland die letzte Chance vor der Einführung englischer Zölle benutze, um England mit Waren zu überschwemmen. Der Ausweis für Oktober zeigt zwar ein Anwachsen der Einfuhr, jedoch ist dies zu erheblichem Teil saisonmässig bedingt, wie der Vergleich mit dem entsprechenden Monat des Vorjahres zeigt. Vom Dumping kann schon gar keine Rede sein, wenn man sich die Ursprungsländer dieser Einfuhr nach England ansieht, die meistens noch Goldwährung haben, also gegenüber den englischen Produzenten im Nachteil sind. Diese Tatsachen stören die Schutzzöllner jedoch keineswegs in ihrer Argumentation. Sie verlangen sofortige Massnahmen und der Premierminister wird es schwer haben, sich auf die Dauer diesem Drucke zu entziehen.

An die Spitze dieser Bewegung ist neuerdings ein Mann getreten, dessen Talente eine weitere Erschwerung der Lage des Premierministers bedeuten. Es ist Churchill, der sich mit einer bestechenden Rede zum Sprachrohr dieser Bewegung gemacht hat. Am Donnerstag nahm die Diskussion über die Regierungserklärung im Unterhaus geradezu die Form eines Sperrfeuers auf die Regierung an. Immer wieder erhoben sich konservative Redner und bestürmten die Regierung mit Fragen, was sie gegen das Dumping gewisser ausländischer Produkte zu tun beabsichtige. Die letzten Zahlen über die Einfuhr von ausländischem Weizen, deutschen Kartoffeln, dänischer Butter, holländischer Milch usw. wurden der Regierung entgegengehalten und der Handelsminister und der Landwirtschaftsminister konnten immer nur mit Ausflüchten antworten, da in der Regierung selbst noch keine Einigung über die zu ergreifenden Massnahmen erreicht werden konnte. Schliesslich sah sich der Premierminister gezwungen, selbst das Wort zu ergreifen und das Haus zu beruhigen. Er hoffe, so sagte er, vor Schluss der Debatte über die Regierungserklärung, also spätestens nächsten Montag, eine Erklärung abgeben zu können.

Das sind vorsichtige Worte, die dennoch mit stürmischem Beifall von dem Hause begrüßt wurden. Ob MacDonald die Massnahmen, die er ergreifen wird, am nächsten Montag bekannt geben wird oder ob er sich nur die Vollmacht vom Hause geben lassen wird, solche Massnahmen gegen das Dumping zu ergreifen, falls diese nötig sein sollten, ist zunächst noch zweifelhaft.

---

SPD. Der Reichsrat verabschiedete am Donnerstag den Entwurf einer Reichsdienststrafordnung. An dem von der Reichsregierung vorgelegten Gesetzentwurf nahmen die Ausschüsse des Reichsrates zahlreiche Änderungen vor, denen das Plenum zustimmte.

---

SPD. Zwickau, 12. November (Eig. Drahtb.)

In dem Gottslästerungsprozess gegen den verantwortlichen Redakteur des Zwickauer Volksblatts Walther Victor erkannte das Gericht am Donnerstag wegen Beschimpfung kirchlicher Einrichtungen auf zwei Wochen Gefängnis.

Der Sachverständige Professor August Messer-Giessen hielt in längeren Ausführungen den Gedanken, dass in der fraglichen Satire "Zwischen zwei Halunken" eine Gotteslästerung enthalten sei, für absurd und verteidigte die Auffassung des angeklagten Redakteurs, dass hier lediglich eine straflose Satire gegen den Strafvollzug vorhanden sei. Die von der Staatsanwaltschaft beigebrachten Zeuge die das notwendige Ärgernis an der Satire genommen haben sollten, versagten in bezug auf die Gotteslästerung. Nach diesem Ergebnis der Beweisaufnahme könnte das Gericht das Urteil wegen Gotteslästerung nicht aufrecht erhalten. Es hob das auf vier Monate Gefängnis lautende Urteil auf. Dieser Rückzug des Gerichts kann nicht verbergen, dass auch hier wiederum ein gegen die Freiheit der Press und der Kritik gerichtetes Urteil vorliegt.

---

SPD. Bukarest, 12. November (Eig. Drahtb.)

In der Siebenbürger Gemeinde Rischka hatte ein kommunistischer Bergarbeiter in einem Ofen vier gestohlene Dynamitpatronen versteckt. Als die Frau des Arbeiters in dem Ofen Feuer machte, ohne von den versteckten Dynamitpatronen zu wissen, kam es zu einer furchtbaren Explosion. Das Haus flog in die Luft; die vierköpfige Familie wurde buchstäblich zerrissen. Der leichtsinnige Arbeiter, der Selbstmord versuchte, als er von der Katastrophe erfuhr, wurde verhaftet.

---

SPD. Das Streikmanöver der deutschen Kommunisten in den russischen Häfen findet einen fast tragischen Abschluss. Der Kapitän des Dampfers "Lina Kunstmann", der aus Leningrad in Holtenau eingetroffen ist, berichtete, dass die in Russland gebliebenen deutschen Seeleute durch die russische politische Polizei (GPU) festgenommen würden. Sie würden bei nächster Gelegenheit nach Deutschland abgeschoben.

Das ist also das Ende. Sowjetrussland schiebt die Streikführer als "lästige Ausländer" ab und liefert sie so den deutschen Gerichten aus. Und das alles nur, weil die russischen Behörden Angst haben vor den Schadenersatzforderungen der bestreikten deutschen Reeder.

---

# Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Der Sohn des Generaldirektors.  
-----

SPD. Woran denken die Herren Generaldirektoren bei Tag und Nacht? Nach der Legende vom Wirtschaftsführer können sie nicht schlafen vor Sorge um das Schicksal der deutschen Wirtschaft. Nichts anderes als das Wohl des Volkes und besonders der Arbeiter beschäftigt ihre Gedanken. Ängstlich wachen sie über die ihnen anvertrauten Interessen und fühlen sich als deren Diener.

Die Wirklichkeit sieht ganz anders aus. Als im Favag-Prozess der Fall Keramik GmbH. Wien besprochen wurde, ergab sich das Folgende: Die Herren Direktoren der Favag übernahmen die Keramik als Privatgesellschaft der Direktoren, d.h. sie wollten die Gewinne einstecken. Das Risiko aber hatten nicht die Direktoren, sondern die Favag zu tragen. Besonders der Generaldirektor Dumcke schaltete mit der Firma, als ob es sein privates Geschäft sei. Eines Tages verlangte der Sohn Dumckes von einem Fachdirektor der Favag Generalvollmacht für Österreich. Der Direktor lehnt ab. Darauf ordnet Generaldirektor Dumcke an, dass sein Sohn die Generalvollmacht bekommt. Der Fachdirektor aber wird dadurch bestraft, dass er bei einer Reihe von Sonderverurteilungen beiseite gelassen wurde. Vater Dumcke, der Generaldirektor, hat dem Sohn Dumcke die Keramik zugeschoben, und die Favag bezahlte das Manöver mit Millionenverlusten.

Die Generaldirektoren vom Schlage Dumckes denken bei Tag und Nacht nichts anderes, wie sie durch Hintansetzung der ihnen anvertrauten Interessen ein grosses privates Vermögen erwerben können. Raubzug in gesetzlichen und ungesetzlichen Formen, das ist der Sinn der Tätigkeit dieser Sorte von Wirtschaftsführern. Die ganze innere Fäulnis des kapitalistischen Systems stinkt aus diesem Prozess gen Himmel! Diese Wirtschaftspiraten aber sind es, die Hitlers SA auf das Volk loslassen wollen, damit sie ungestört ihre Rafferei fortsetzen können.

Goebbels Minderwertigkeitskomplex.  
-----

Als der Nationalsozialist Goebbels seinerzeit wegen Beleidigung des Reichspräsidenten vor Gericht stand, warf er sich in die Brust und erklärte, er habe seinerzeit für den Reichspräsidenten in belgischen Gefängnissen gesessen. Es wurde ihm sofort nachgewiesen, dass diese Erzählung eine glatte Erfindung sei, der Tagtraum eines neurasthenischen Menschen, der unter Minderwertigkeitskomplexen leidet und der sich deshalb in die Rolle des grossen Mannes hineinsteigern muss. Herr Goebbels hat damals den Vorwurf, dass er gelogen habe, stillschweigend eingesteckt.

In diesen Tagen stand Herr Goebbels wieder vor einem Berliner Gericht. Die Nüchternheit eines preussischen Gerichts ist etwas ganz anderes als die Atmosphäre einer Massenversammlung. Herr Goebbels kam sich klein vor. Er fand, dass er eigentlich eine traurige Rolle spiele, wenn er, der sich in seinen kühnsten Träumen als den wahren Diktator Deutschlands sieht, einem preussischen Staatsanwalt Rede und Antwort stehen muss. Da besass er sich darauf, dass er den grossen Mann spielen müsse, und so schmetterte er zur Ueberwindung seines Minderwertigkeitskomplexes plötzlich heraus: "Ich bin der Führer der grössten Partei Deutschlands."

Aber es erging ihm, wie seinerzeit mit dem belgischen Gefängnis. Der Gerichtsvorsitzende gab ihm zu verstehen, dass ausser Herrn Goebbels auch noch Herr Hitler in der Hakenkreuzpartei vorhanden sei, und nun kam der Minderwert-

tigkeitskomplex und der gekränkte Ehrgeiz des Herrn Goebbels wieder vollständig zum Durchbruch. Goebbels muss viel leiden um seines Minderwertigkeitskomplexes willen. Noch vor Harzburg erzählte er ausländischen Journalisten, dass er nun ganz bestimmt den Kampf um die Führerschaft gegen Hitler aufnehmen werde. Ist es nicht bitter, dann von einem preussischen Amtsrichter daran erinnert zu werden, dass ausser dem einzigen Goebbels auch noch der andere einzige Hitler auf der Welt ist?

### Die Hitler-Banknote.

Ein Schwerindustrieller von Düsseldorf, der mit nationalsozialistischen Führern an einer gemeinsamen Tafel teilnahm, verlor einen Schein, der neben dem Hakenkreuz die folgende Inschrift zeigt: "Urkunde. In Deutschlands tiefster Not gab der Inhaber dieser Urkunde für den Kampf um Deutschlands Ehre und Freiheit den Betrag von 100 Mark. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei Kreis Düsseldorf, Winter 1931/32." Hitler druckt also eigene Hundertmarkscheine, die ihm von den Schwerindustriellen gegen bares Geld abgenommen werden. Die Tatsache, dass die Hitlerpartei Subventionen von der Schwerindustrie bezieht, ist damit ganz einwandfrei festgestellt. Es ist selbstverständlich, dass die Herren Schwerindustriellen den Versuch unternehmen werden, ihre Hitler-Hundertmarkscheine sich vom Staat und der Arbeiterschaft bezahlen zu lassen!

### Das Dritte Reich im Kleinen.

Man muss das wahre Bild des Dritten Reiches in den kleinen Städten aufsuchen. Die Arbeiter der Strumpfwirkerstadt Auerbach i/Sachsen haben davon ein sehr deutliches Bild erhalten. Die Strumpfhersteller von Auerbach sind im wesentlichen pleite. Ihre Schulden sind riesengross und je grösser die Schulden, umso grösser die Begeisterung für das Dritte Reich. Also veranstalteten sie mit Hilfe der Nationalsozialisten eine grosse deutsche Kundgebung. Da die Strumpfhersteller von Auerbach sehr fromm sind, begann die Sache mit einer Kirchenparade. Nach der Kirchenparade kam der Suff. Führer der Nationalsozialisten ist ein Tscheche, der deswegen berüchtigt ist, dass er einmal versuchte seiner Frau mit einem Rasiermesser die Gurgel abzuschneiden. Also der richtige Mann für die richtige Sache. Die Herren Fabrikanten liessen die auswärtigen Nationalsozialisten in den Betten der auswärtigen am Sonntag abwesenden Arbeiterinnen nächtigen. Die Herren Hakenkreuzler stahlen bei dieser Gelegenheit alles mögliche, was die Arbeiterinnen in ihren Schlafräumen zurückgelassen hatten. Die Arbeiter von Auerbach wissen jetzt, wie das Dritte Reich aussieht. Wenn bankrotte aber fromme Fabrikanten auswärtiges Gesindel zur Einschüchterung der Arbeiter heranziehen, wenn dies Gesindel säuft und stiehlt und Drohreden gegen die Arbeiterschaft führt, dann ist dies der Vorgeschmack vom Dritten Reich.

### Deutsche trinkt französischen Wein!

Die Hakenkreuzler gewinnen der bekannten Parole: Deutsche trinkt deutscher Wein, keinen Geschmack mehr ab. Den Winzern an der Mosel ist auf offener Postkarte das folgende Gedicht zugegangen:

Schwarzrotgoldenes Rebengift.  
Gute Deutsche meiden den Wein  
der da wächst an Mosel und Rhein.  
Das Rheinland ist der Zentrumsturm  
und deshalb Deutschlands böser Wurm.  
Zentrum und Sozis sind im Bund  
darum kommt Deutschland auf den Hund,  
Ihr rheinischen Winzer sauft allein  
Euren verfluchten Zentrumswein.

Wir werden nicht fehlgehen in der Annahme, dass demnach jeder Nationalsozialist verpflichtet ist, keinen deutschen Wein, sondern französischen Wein zu trinken!

# Aus aller Welt

## Der korsische Bandenkrieg.

1 000 Mann, Tanks, Panzerautos, Flugzeuge, Kreuzer und Bluthunde - Der wandelnde Räuber - Der Tod des Erpresserkönigs Bartoli.

Der vor einigen Tagen unter Führung des französischen Generals Huot und des korsischen Militärgouverneurs Fournier eingeleitete Feldzug gegen die Banditen auf der Insel Korsika hat bis jetzt noch keine sehr grossen Erfolge aufzuweisen. Etwa 1 000 Soldaten und Gendarmen sind mit Tanks, Panzerautos, Maschinengewehren und auf Menschenjagd dressierten Hunden unterwegs, um das urwaldgleiche Gestrüpp am Col de Verde zu "kämmen". Aber die Unwirtlichkeit der Gegend und aussergewöhnlich schlechtes Wetter erschweren das Vordringen der Polizeitruppen in beträchtlicher Masse. Es sind einige Dörfer besetzt und etwa 75 Personen verhaftet worden. Von den Hauptschuldigen, die für das Räuberunwesen auf Korsika (und damit nicht zuletzt für den Rückgang des Fremdenverkehrs) verantwortlich gemacht werden, hat man noch keinen gefasst. Damit sie nicht entweichen, kreuzen drei sonst in Toulon stationierte kleine Kreuzer der französischen Kriegsmarine vor der Küste. In Ajaccio liegen aus dem gleichen Grunde zwei Militärflugzeuge bereit.

### Die letzte Zuflucht.

Viele der in der Macchia, einer korsischen Hochebene, "ansässigen" Banditen sind gar keine Korsen, sondern Verbrecher aus allen möglichen Ländern, die hier, von der Polizei verfolgt, ihre letzte Zuflucht suchen. Die Banditen, die jetzt die Insel terrorisieren, sind in den Augen der meisten ihrer Landsleute nichts als gemeine Verbrecher, die man hasst und fürchtet. Die Zeiten, in denen der Banditismus vor allem ein Wesensmerkmal der Blutrache war, die für den korsischen auch heute noch eine moralisch gültige Einrichtung ist, sind längst vorbei. Vorbei ist auch die Epoche, in der so grosse Banditen wie die berühmten Brüder Bellacoscia, um deren Leben sich ein Kranz von Legenden spann, als wirkliche Nationalhelden galten, deren Tod das ganze Volk betrauerte. Vor etwa 50 Jahren wurde gegen die Brüder Antonio und Giacomo Bellacoscia von den französischen Machthabern ebenfalls eine Expedition ausgerüstet. Aber der Krieg gegen sie, die eine blutige Liebes- und Eifersuchtstragödie in die Macchia getrieben hatte und die von einem Steilhang des Monte d'Oro aus das ganze Gebiet um Bocognano beherrschten und unterdrückten, verlief ergebnislos. Im Jahre 1892 kamen die Brüder wieder unter Menschen und setzten sich in ihrem Heimatsort Bocognano zur Ruhe. Man konnte ihnen in den beiden letzten Jahrzehnten keine Bluttat nachweisen; sie waren also amnestiert....

### Der "Empress of Canada".

In letzter Zeit ist die Bevölkerung der Insel durch zahlreiche Ueberfälle auf harmlose Touristen, unglaubliche Fälle von Mord und Erpressung in Angst und Schrecken versetzt worden. Daraufhin entschloss sich die französische Regierung zu einer energischen Aktion. Wahrscheinlich wurde sie dazu auch durch die Anweisung einer Schiffsgesellschaft an den Kapitän des englischen Touristen dampfers "Empress of Canada" veranlasst, seine 400 Passagiere in Ajaccio im Interesse ihrer eigenen Sicherheit nicht an Land zu lassen. Die Ursache dieser Anweisung war der Mord an einem englischen Touristen.

Den unmittelbaren Anlass zur Eröffnung des "amtlichen" korsischen Bandenkrieges bildete jedoch die kürzlich durch einen Einheimischen erfolgte Erschiessung des Banditenhüptlings Josef Bartoli aus Palneca. Bartoli war durch

zahllose Postrabe und durch sein unerträgliches Erpresserhandwerk, mit dem er alle Unternehmer und zahlreiche Besucher der Insel auf unerträgliche Weise tyrannisierte, ebenso bekannt wie durch seine Schönheit und seine kavaliersmässigen Manieren. Nach alter Landessitte haben Bartolis Genossen Blutrache geschworen. Ihnen will die französische Regierung zuvorkommen. Sie benutzt deshalb die Gelegenheit Korsika von der Banditenplage zu befreien.

#### Die Schüsse im Walde.

Bartoli fiel nicht im Kampf, wie sich das eigentlich für einen Räuberhauptmann gehört. Er, dem man wegen seiner Geldgier und seiner "Berufswahl" den Beinamen "Paxcittore" (Steuereinnahmer) verliehen hatte ist ein Opfer seiner Habsucht geworden. Ihm genügten die in den letzten Jahren durch Erpressungen erlangten 500 000 längst nicht. Ja es genügte ihm auch nicht, dass ihm schon fast jeder Geschäftsmann und Unternehmer seines Bezirks regelrechte Steuern und Anteile am Gewinn der von ihnen gemachten Geschäfte zahlte. Dennoch wagte einer in der Verzweiflung Widerstand. Der Holzhändler Simonetti, dem aus Angst vor Bartoli schon das ganze Personal davongelaufen war, so dass er sich ausser Stande sah, sein Geschäft weiter zu führen, entschloss sich Simonetti, den gefürchteten Banditenkönig aus dem Wege zu räumen. Unter dem Vorwand, ihn "auszahlen" zu wollen, lockte Simonetti den Erpresserkönig in den Wald: Bartoli ging mit. Er kam garnicht auf den Gedanken, dass ein Kaufmann es wagen könne, gegen ihn zu rebellieren. Als Bartoli dann sein Geld haben wollte, jagte ihm Simonetti zwei Kugeln in den Leib.

#### "Räuber und Soldaten".

In Palneca und Umgegend war die Freude gross. Aber die Erleichterung währte nicht lange Zeit. Die von einem früheren Gendarmen geführten Anhänger Bartolis schwuren Rache; sie wollten nicht nur Simonetti und sein ganzes Geschlecht umbringen, sie wollten auch die Gendarmeriekaserne von Ciamanacce stürmen und einäschern. In dieser Situation entschloss sich die französische Regierung zu ihrer Aktion. Es gilt 30 Banditen das Handwerk zu legen.

+ + +

#### "Täuschung der Eltern!"

Erregung im Calmette-Prozess - Frey gegen Altstaedt - Ausdehnung der Anklage.

SPD.Lübeck, 12.November (Eig.Drahtb.)

In der Donnerstagverhandlung des Calmette-Prozesses wurde auf Antrag der Staatsanwaltschaft und mit Zustimmung der Angeklagten Professor Deyke und Dr.Altstaedt die Anklage auf die Einführung des Calmette-Verfahrens in Lübeck ausgedehnt. Dann wurden eine Reihe von Beweisanträgen gestellt und heftig umstritten. Vor allem tobte der Streit um die Person des nach der Katastrophe von Berlin nach Lübeck geholten Dr. Genter, den die Sachverständigen für einen Scharlatan und vereinzelte Eltern für den Retter ihrer Kinder halten.

Ein Dolmetscher übersetzte die Gebrauchsanweisung, die das Pasteur-Institut in Paris 1927 den Emulsionen beifigte. Während Calmette in seiner Gebrauchsanweisung das Wort "Impfung" mehrfach gebraucht, hatte man es bei der Lübecker Gebrauchsanweisung vermieden. Der Dolmetscher übersetzte ferner eine Reihe französisch abgefasster wissenschaftlicher Arbeiten aus der Zeit vor der Einführung des Calmette-Verfahrens in Lübeck. In diesen Arbeiten berichteten namhafte Forscher - u.a. auch Lignières - über mehr oder minder ernste Unfälle nach BCG-Impfung.

Zu erregten Szenen kam es, als Rechtsanwalt Dr.Frey erklärte: "Ich spreche hiermit in öffentlicher Verhandlung aus: Dr.Altstaedt beging durch den aufklärenden Zeitungsartikel über das Calmetteverfahren eine Täuschung der Eltern. Er schrieb, es handle sich um unschädlich gemachte Bazillen, die im Magen und Darm verarbeitet würden. Wenn ein Mediziner das in seiner amtlichen Eigenschaft tut, dann ist das eine Täuschung."

+ + +



Prozess gegen 55 Nazis. Vor dem Schöffengericht Oranienburg begann am Donnerstag eine auf etwa 14 Tage berechnete Verhandlung gegen 55 Nationalsozialisten. Die Anklage lautet auf schweren Landfriedensbruch, gefährliche Körperverletzung, Vergehen gegen das Waffengesetz usw. Die 55 Nazis werden beschuldigt, am 24. September auf Grund eines Organisationsplans des nationalsozialistischen Stadtverordneten und NSDAP-Ortsgruppenleiters Fuchs einen Feuerüberfall auf das Oranienburger kommunistische Verkehrslokal verübt zu haben. Fuchs bestreitet, sich strafbar gemacht zu haben.

+ + +  
Leo Sklarek weint. In der Donnerstag-Sitzung des Berliner Sklarek-Prozesses wurde der Angeklagte frühere Stadtrat Gäbel zum Thema "Bestechungen" vernommen. Gäbel erklärte, dass er niemals Geld von den Sklareks für sich persönlich bekommen hätte. Er gab aber zu, dass seine Frau von Leo Sklarek einen Bücherschrank und Teppiche erhalten habe. Indes sei er hierüber nicht informiert gewesen.

Anschliessend erklärte Leo Sklarek unter Tränen, dass viele von denen, die er unterstützt habe, heute im Wohlstand lebten. Willi Sklarek sagte, dass er nachweislich mindestens 50 000 Mark für wohltätige Zwecke gegeben habe. Hierauf der Vorsitzende: "Das ist ja hier nicht viel. Das entspricht ungefähr dem, was Sie in einem Monat beim Buchmacher verloren haben."

Zum Gesundheitszustand des Angeklagten früheren Bürgermeisters Kohl erklärte der Sachverständige Professor Dr. Kronfeld, dass Kohl für mindestens 4 Wochen verhandlungsunfähig sei. Der gerichtliche Sachverständige Medizinalrat Dr. Störmer erklärte Kohl, schonende Behandlung vorausgesetzt, für verhandlungsfähig. Das Gericht lehnte den Antrag auf Abtrennung des Verfahrens gegen Kohl ab; Kohl nimmt an den Verhandlungen weiter teil.

+ + +  
Siebenfacher Giftmörder. In Iago (Nigeria, Afrika) wurde ein Student unter siebenfacher Mordbeschuldigung verhaftet. Der Student ist dringend verdächtig, seine Familienangehörigen durch Gift, das er ihnen ins Essen gemischt haben soll, ums Leben gebracht zu haben.

+ + +  
Abgebrannte Sportfabrik. Die bekannten "Hammerwerke" in Bad Mergentheim wurden bis auf die Grundmauern eingäschert. Die Hammerwerke fabrizierten Tennisschläger, Wintersportgeräte und Faltboote. Infolge des Brandes wurde die Belegschaft der Fabrik arbeitslos.

+ + +  
Mord im Spiel. In Hafnerluden bei Mährisch-Budweis (Tschechoslowakei) führte der Feuerwehrverein ein Theaterstück auf, das in einer Mordhandlung gipfelte. Im Rifer des Spiels erstach der eine der Darsteller seinen Partner mit dem Dolch. Als der unglückliche Spieler sah, was er angerichtet hatte, erlitt er einen Schlaganfall.

+ + +  
Sodom und Gomorrha. Der französische Vizekonsul in Jerusalem, R. Neuville, und der Direktor des päpstlichen biblischen Instituts in Rom, Pater Mallon, liessen nördlich des Toten Meeres, auf dem Gebiet, auf dem nach alter Ueberlieferung die biblischen Städte Sodom und Gomorrha standen, Ausgrabungen veranstalten. Die Funde bestätigen die Richtigkeit der biblischen Erzählung, dass Sodom und Gomorrha durch Feuer und nicht durch Wasser, wie man eine Zeit lang angenommen hatte, zerstört worden sind. Die Städte müssen von einem Volk von hoher Kultur bewohnt gewesen sein.



Kampf gegen die Weltnot.

Vorstandssitzung des I.G.B.

SPD. Am Donnerstag trat in Berlin der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu einer wichtigen Tagung zusammen. Vertreten sind neben Schevenels, dem Generalsekretär des I.G.B.: Citrine-England, Jouhaux-Frankreich, Leipart-Deutschland, Mertens-Belgien, Jacobsen-Dänemark und Tayerle-Tschechoslowakei. Im Mittelpunkt der Tagung steht die Frage des international zu organisierenden Kampfes gegen die Krise.

Am Donnerstag wurden vor allem die Mittel und Wege zur internationalen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eingehend erörtert. Die Hauptblickpunkte der Debatte waren: 1. die Möglichkeiten einer internationalen Aktion für die 40-Stundenwoche, 2. das vom Internationalen Arbeitsamt vorgeschlagene Programm grosser internationaler öffentlicher Arbeiten und 3. die Aufgabe des deutsch=französischen Wirtschaftskomitees. Beschlossen wurde u.a., sich an die dem I.G.B. angeschlossenen Landeszentralen mit der Anfrage zu wenden, was bisher von ihnen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise, bzw. zur Durchführung der 40-Stundenwoche unternommen worden ist. Die Landeszentralen sollen ferner aufgefordert werden, dafür zu sorgen, dass die Frage der internationalen Durchführung der 40-Stundenwoche in Genf unbedingt zur Behandlung kommt, wenn auch ein ausserordentliches Verfahren zu diesem Zweck notwendig ist. Die Sozialistische Internationale soll ersucht werden, in ähnlicher Weise an die ihr angeschlossenen Landesorganisationen heranzutreten.

In der Frage der internationalen öffentlichen Arbeiten wurde angeregt, zwecks gründlicher Besprechung der Einzelfragen und der Finanzierung sowie einer der nächsten Vorstandssitzungen Sachverständige aus den verschiedenen Ländern heranzuziehen.

Ueber die vorbereitenden Arbeiten der deutsch=französischen Wirtschaftskommission und über die Vorbesprechungen zwischen den Arbeitervertretern der beiden Länder wurde auf der Vorstandssitzung am Donnerstag zunächst Bericht erstattet.

Angesichts der immer dronender werdenden Lage in der Mandschurei beschloss der Vorstand des I.G.B., dem Völkerbund zu dem im Interesse der Erhaltung des Friedens unternommenen Schritt seine Zustimmung zum Ausdruck zu bringen.

Der Vorstoss des I.G.B. zur Förderung der Arbeit des deutsch=französischen Wirtschaftskomitees und des von Albert Thomas, dem Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, aufgestellten grossen Programms internationaler öffentlicher Arbeiten verdient gerade in diesem Augenblick besondere Beachtung, weil auch ausserhalb der Gewerkschaftsbewegung das Verständnis für positive Krisenbekämpfung auf dem Boden der Wirklichkeit erfreulicherweise im Wachsen begriffen ist. Immer nachhaltiger ertönt der Ruf nach einer Zusammenarbeit zwischen dem Ueberfluss an deutscher Arbeitskraft und dem französischen Ueberfluss an Kapital. Auch in der Unternehmerpresse wird mit immer stärkerem Nachdruck darauf hingewiesen, dass der Bau von Bahnen, Strassen und Kraftwerken sowie die zivilisatorische Aufrüstung primitiver, aber zur Zivilisierung entwicklungsge-schichtlich schon reifen Gegenden - kurzum Unternehmen, die in sich produktiv sind und neue Konsumkraft schaffen, die aussichtsreichsten Gebiete deutsch=französischer Zusammenarbeit darstellen.

SPD. Die Nachverhandlungen über den Schiedsspruch für die Textilindustrie Westsachsens, die am Donnerstag im Reichsarbeitsministerium stattfanden, sind gescheitert. Die Entscheidung liegt jetzt beim Reichsarbeitsminister. Sie soll, wie verlautet, bereits am Freitag fallen.-

Der Schiedsspruch für Westsachsen, der sämtliche Tariflöhne für die Zeit bis Ende des Jahres um 5 % kürzen will, kann unmöglich für verbindlich erklärt werden. Ausgesprochene Hungerlöhne - und solche werden in der Textilindustrie infolge Lohnsenkung und Kurzarbeit gezahlt - noch einmal um 5 % kürzen, das würde dem Fass den Boden ausschlagen. Verbindlichkeitserklärung wäre Kriegserklärung.

SPD. In der Massschneiderei soll der Reichstarifvertrag erneuert werden. Die Tarifverhandlungen, die dieser Tage stattgefunden haben, mussten nach Bildung einer Schlichterkammer zunächst auf den kommenden Sonnabend vertagt werden, da der Schlichter Professor Dr. Brahn auch an den Verhandlungen zur Beilegung des Lohnkonflikts in der westdeutschen Textilindustrie teilnehmen muss.

Eine grosse Anzahl strittiger Punkte der Massschneiderei sind in den Parteiverhandlungen bereits bereinigt. Zu erledigen sind jedoch noch eine ganze Reihe grundlegender Fragen aus dem Tarifvertrag. Zur Erörterung stehen vor allem die Verarbeitungsbestimmungen und verschiedene Punkte des Positionschemas sowie das Reichsschema für die Damenschneiderei.

SPD. Der Ausstand in der Breslauer Metallindustrie ist beendet. Am Sonnabend oder Montag wird die Arbeit voraussichtlich wieder aufgenommen. Neue Schwierigkeiten sind jedoch nicht ausgeschlossen, da nur ein Teil der früheren Belegschaften wieder eingestellt werden kann.

SPD. Die Schlichterkammer für Schlesien fällt am Donnerstag für das gesamte schlesische Transport- und Verkehrsgewerbe einen Schiedsspruch, der eine Lohnkürzung von 5 % vorsieht. Sie soll bis zum 15. Februar 1932 Gültigkeit haben. Die Bestimmungen des Manteltarifvertrages wurden nicht abgeändert. Eine Stellungnahme der Gewerkschaften ist noch nicht erfolgt. Von dieser erneuten Lohnherabsetzung werden etwa 6 000 Arbeiter betroffen.

SPD. Der Zechenverband beschloss am Donnerstag, allen Bergarbeitern des rheinisch-westfälischen Grubenreviers die Einzelarbeitsverträge zum 30. November vorsorglich zu kündigen. Der Verband rechnet damit, dass die Lohnverhandlungen Schwierigkeiten bringen und eine schnelle Einigung nicht möglich sein wird. Er will daher ab 1. November neue Löhne festsetzen, d.h. Löhne, wie er sie sich vorstellt.

Die ersten Parteiverhandlungen finden am 17. November statt.



## Kohlenkonferenz in Pittsburgh.

### Verbilligung des Wasserstoffs - Entgiftung von Leuchtgas.

SPD. Am Montag wird in Pittsburgh (Nordamerika) die dritte Internationale Kohlenkonferenz eröffnet.

Der Begründer dieser Konferenzen ist Dr. Thomas S. Baker, Präsident des Carnegie Instituts of Technology Pittsburgh. Baker hat in Deutschland studiert und ist äusserst deutschfreundlich eingestellt. Ihm steht ein beratender Ausschuss zur Seite, dem u. a. A. Mellon, der frühere Finanzminister der Vereinigten Staaten, und der Präsident der Standard Oil Company Walter C. Teagle angehören. Zweck der Konferenzen ist, Wege zur Verbesserung der Wertstoff- und Energieausbeute aus Kohle zu weisen.

Nach den Untersuchungen des National Industrial Conference Board in New York betrug der Anteil der Kohle an der Energieerzeugung in der Welt im Jahre 1930 72 Prozent gegen 88 Prozent vor dem Kriege. Der Anteil des Oels ist dagegen von 6 auf 19 Prozent gestiegen. Aus dieser Entwicklung darf man keinen Konkurrenzkampf zwischen Kohle und Oel konstruieren. Oel ersetzt die Kohle, wie eben Kohle dazu beitragen kann, die Oelvorräte der Welt zu vermehren, die an sich knapp sind. Wenn man heute von Oelüberfluss in der Welt spricht, dann rührt das daher, dass die "kapitalistische Ueberproduktion" darüber hinwegtäuscht, wie verhältnismässig gering die Oelreserven der Welt sind. In dieser Beziehung gewinnen die Bestrebungen, die darauf hinzielen, die Kohle immer mehr zur Produktion von Oelen, von Benzin heranzuziehen, grössere Bedeutung. Der Fortschritt des Benzinmotors ist so gewaltig, dass die Frage der Umwandlung von Kohle in Benzin auch für die Länder Bedeutung gewinnt, die man heute noch als Oelländer anspricht. Die sogenannte Kohleverflüssigung ist deshalb nicht nur von Wichtigkeit für die oelarmen Länder z. B. für Deutschland, von der sie ausgegangen ist.

Im Mittelpunkt der Verhandlungen in Pittsburgh steht die Kohle-Oelfrage und zwar handelt es sich um jene Methoden, die eine Verbilligung der Kohleverflüssigung garantieren. In erster Linie kommt hier die Verbilligung der Wasserstoffherzeugung in Frage. Besonders an diesen Verhandlungen ist die deutsche Delegation beteiligt. Sie besteht aus 8 Sachverständigen - eingeladen waren von den Amerikanern 40 -, die von Professor Dr. Franz Fischer, Leiter des Kohleforschungsinstituts in Mülheim a. Ruhr, der vom Reich dazu beauftragt ist, geführt wird. Der Delegation gehören u. a. an: der Oberchemiker der Emscher Genossenschaft Dr. Bach, Professor Glinz von der Technischen Hochschule in Charlottenburg, Dr. Ing. Kemmer von den Berliner Städtischen Gaswerken, Professor Dr. Grimm, der die I. G. Farbenindustrie vertritt.

Von der deutschen Delegation werden zwei Vertreter, Fischer und Grimm, vor dem Plenum in Pittsburgh reden. Fischer beschäftigt sich in seinem Vortrag mit der Biologie der Kohle. Erst in den letzten Jahren ist man daran gegangen, die biologischen Vorgänge auf dem Gebiet der Gase, die man aus Kohle gewinnt, näher zu studieren. Es konnte gezeigt werden, dass unter dem Einfluss von Bakterien Wasserstoff und Kohlensäure auf dem Wege über Essigsäure sich zu Methan umsetzen. Es wurde auch weiter gefunden, dass das wichtige Kohleoxyd, durch das noch immer viele Menschen ihren Tod finden und das der Gasversorgung eine gewisse Gefährlichkeit gibt, sich durch geeignete Bakterien mit Wasser-

stoff zu dem ungiftigen Methan umsetzen lässt. Auf diese Beobachtung lässt sich die Möglichkeit einer Entgiftung des Leuchtgases auf biologischem Wege aufbauen. Schliesslich beginnen die Kohlen, insbesondere die Braunkohle sowie Kohlepräparate aus Braunkohle, eine wichtige Rolle als Beschleuniger des Pflanzenwachstums zu spielen. Die Versuche ergaben auch die Möglichkeit einer Steigerung des Ernteertrages. Der grösste Teil der Fortschritte ist im Kohleforschungsinstitut in Mülheim a./Ruhr unter Leitung von Fischer durchgeführt worden.

Der Grimm'sche Vortrag beschäftigt sich besonders mit den Versuchen der I.G. Farbenindustrie, zu einer Verbilligung des Wasserstoffs zu kommen, wovon ja im Grunde genommen die ganze Kohleverflüssigung abhängt. Abgesehen von dem Auffinden von neuen Katalysatoren, die die ganze Produktion beschleunigen und den sogenannten Durchsatz steigern, hat man bei der I.G. Farbenindustrie die Wasserstoffverbilligungsversuche in den letzten Jahren immer wieder gepflegt. Man ist dazu gekommen, die bei dem ganzen Prozess der Synthese zwischen Kohlenstoff und Wasserstoff anfallenden gasförmigen Kohlenwasserstoffe nicht als Nebenprodukte anzusehen. Sie lassen sich vielmehr zur Rückgewinnung des für die Hydrierung benötigten Wasserstoffs verwenden. Von besonderem Interesse ist im Zusammenhang mit der ganzen Oelhydrierung natürlich die Vergasung feinkörniger Kohle in dem vielgenannten Winkler-Generator, über die Grimm einen besonderen Vortrag erstattet. Es handelt sich zunächst um ein Verfahren zur Vergasung feinkörniger Kohle, insbesondere der mitteldeutschen Braunkohle, das darin besteht, dass die Kohlefüllung des Gaserzeugers in ihrer ganzen Schichthöhe gleich einer kochenden Flüssigkeit bewegt wird. Dieses Verfahren diente zuerst zur Herstellung grosser Mengen Kraftgas für das Ammoniakwerk Merseburg (Leuna). Auch Wassergas und gleichzeitig Generatorgas wurden nach diesem Verfahren erzeugt. Seit neuerer Zeit besteht für das Kraftgas keine Verwendungsmöglichkeit mehr; daher wird mit Hilfe von Lindeluft unmittelbar ein Mischgas aus Braunkohle im Winkler-Generator hergestellt. Auch amerikanische Steinkohle (Weisskohle) ist nach diesem Verfahren verarbeitbar. Vor kurzem ist es gelungen, aus feinkörniger Kohle Wassergas herzustellen, wobei in der Heissblasperiode ein stark kohlesäurehaltiges Heissblasgas wie bei dem Koksverfahren erzeugt wurde. Zweifellos wird sich der Winkler-Generator als geeignet erweisen, den ganzen Prozess, der heute darin besteht, dass man Wasserdampf über glühenden Koks laufen lässt, zu vereinfachen. Hauptsache ist aber die Verbilligung, worüber die I.G. Farbenindustrie bis jetzt nichts eindeutiges gesagt hat.

SPD. Während des letzten Sechstagerennens im Berliner Sportpalast wurde der Leiter des Sportpalastes von einem Gerichtsvollzieher verhaftet. Er musste die Nacht über in einer Zelle verbringen. Am anderen Morgen legte er den Offenbarungseid ab. Er besass an Wertsachen einen Fünzigmarkschein, einen Anzug, ein Paar Schuhe, ein paar Oberhemden usw. Dieser Mann war einmal ein hundertfacher Millionär und zwar in Gold, nicht in Inflationenmarkt, wie manche meinen möchte. Dieser Mann ist Jacob Schapiro, einstmals Stern und Star am Himmel der deutschen Industrie. Heute bankrott. Jedoch behaupten seine Gläubiger, dass er ein ansehnliches Vermögen nach Holland verschoben habe.

Jacob Schapiro ist typisch für ein gewisses deutsches Unternehmertum und die Konkursrichter in den grossen Industriezentren könnten vieles über diese Art von Unternehmertum erzählen. Der Aufstieg Schapiros, der sich im letzten Handbuch der deutschen Wirtschaftsführer noch als Generaldirektor, Ingenieur und Kaufmann aus dem Berliner Westen bezeichnet, begann schon vor dem Kriege. Schapiro warf sich auf den Automobilismus, wurde mit ihm gross. Es hätte nicht viel gefehlt und Schapiro wäre es gelungen, den deutschen Automobilmarkt zusammen zu schweissen. Als Automobilhändler gewann er Einfluss

auf die Karosseriewerke Schebera A.G., auf die Kandelhard A.G., die Gothaer Waggonfabrik usw. griff auf die Neckarsulmer Fahrzeugwerke über, ramschte die altrenommierte Benz & Co. und hat das Verhältnis zwischen Benz und Mercedes seinerzeit massgebend beeinflusst. In Berlin gründete er mit seinen Brüdern die Schapiro=Automobil=Bau A.=G., die sich besonders mit der Anlage von Mietgaragen beschäftigte. Die Rückschläge müssen Schapiro stark getroffen haben. Seine Gläubiger behaupten jedoch, dass er - siehe die obige Bemerkung über Schapiros Vermögen in Holland - trotzdem sehr gut für sich zu sorgen verstanden hätte. Jacob Schapiro selbst behauptet, Angestellter mit 1 000 Mark Monatsgehalt beim Sportpalast zu sein. Der Sportpalast ging seinerzeit an Schapiro über, der mit seinen Brüdern eine Aktiengesellschaft gründete, die mit einem Kapital von 100 000 Mark ausgestattet ist. Wie es heisst, soll dahinter eine schweizerische Gesellschaft stehen, von der man nicht genau weiss, wie sie aussieht.

SPD. Die italienische Industrie wurde durch die Banca Commerciale Italiana, die weitaus grösste Bank Italiens solange saniert, bis die Bank selbst sanierungsbedürftig wurde. Die Subventionierung der italienischen Industrie durch die Banca Commerciale Italiana erfolgte ausschliesslich mit Staatsmitteln. Die Sanierung konnte, nachdem die Bank etwa 650 Millionen Mark, eine für italienische Verhältnisse ungeheure Summe, an Beteiligungen erworben hatte, nicht mehr weitergeführt werden, weil sie die italienische Währung recht ernstlich gefährdete.

Die sanierende Bank wurde sanierungsreif. Die Sanierung geht so vor sich, dass der italienische Staat entweder direkt oder indirekt durch vom Staat garantierte Obligationen das notwendige Kapital zur Verfügung stellte. Andererseits versucht man eine Grosskonzentration durchzuführen. Von dieser Bewegung wird zunächst die italienische Handelsschifffahrt erfasst. In der Grossschifffahrt werden drei Firmen, Lloyd Sabauda, Navigazione Generale Italiana und Consulich für Italia, in der Kleinschifffahrt Lloyd Triestino, Sitmar und Marittima zur Lloyd Triestino zusammengefasst.

Es ist überflüssig, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, ob die italienische Wirtschaftspolitik auf eine Staatswirtschaft hinsteuert. Von Steuern kann hier überhaupt keine Rede sein. Es werden Defizitobjekte zusammengefasst, die vorerst einmal versuchen werden, sich mit verknüpften Staatsmitteln und mit einem gesenkten Kostenaufwand durchzuschlagen. Solange es geht, geht es. Der Faschismus in Italien ist eben dabei, recht empfindliche Pleiten zu sozialisieren.

SPD. Die englische Einfuhr wird für den Monat Oktober 1931 mit 80,68 Millionen Pfund angegeben gegen 68,31 Millionen Pfund im Monat vorher und 90,86 Millionen Pfund im Oktober 1931. Die Ausfuhr betrug 32,83 Millionen Pfund. Sie machte im September 1931 = 29,84 Millionen Pfund aus.

Die Wirkungen der viel erörterten Pfundentwertung bestehen also darin, dass sich der Einfuhrüberschuss Englands vergrössert hat und zwar von rund 35 Millionen Pfund im September auf 48 Millionen Pfund im Monat Oktober. Auch wenn man berücksichtigt, dass die englische Ausfuhr im Oktober zum grössten Teil noch zu den alten niedrigen Preisen berechnet wurde, während sich für den Import immerhin beträchtliche Preissteigerungen durchsetzten, ergibt sich eine Steigerung der Passivität im Aussenhandel; zum Teil dürfte sie darauf zurückzuführen sein, dass die Angst vor Zöllen in England im Oktober zu einer weitgehenden Voreindeckung geführt hat. Die Erschütterung der englischen Aussenhandelsverhältnisse durch die Pfundentwertung ist kaum geeignet, zur Nachahmung anzulocken.

Erholt.

(Berliner Getreidebörse vom 12. Nov.)

SPD. Im Anschluss an die flauere Stimmung am Mittwoch setzte sich am Donnerstag vormittag die Mattigkeit weiter fort. An der Mittagbörse trat indes eine merkliche Erholung ein, da das Angebot an promptem Weizen und Roggen wieder geringer geworden ist. Auf der Basis der letzten Preise bestand gute Kauflust der Mühlen, sodass sich die Weizenpreise am Promptmarkt behaupten konnten, während Roggen um etwa 2 Mark zurückging. Am Markte der Zeitgeschäfte waren bei Eröffnung der Börse leichte Abschwächungen festzustellen; jedoch gingen die Roggenpreise im Laufe der Börse noch weiter zurück. Im Mehlgeschäft war die Kauflust sehr mässig. Für Weizenmehl lauteten die Forderungen der Mühlen teilweise um 25 bis 50 Pfennig niedriger, während für Roggenmehl unveränderte Preise gefordert wurden. Hafer hatte ruhige Tendenz. Die Käufer hielten sich sehr zurück, obwohl das Angebot gering blieb.

	11. Nov.	12. Nov.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	222 - 225	222 - 225
Roggen	196 - 198	194 - 196
Braugerste	172 - 177	171 - 177
Futter- und Industriegerste	168 - 171	167 - 170
Hafer	147 - 152	147 - 151
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	28,50 - 32,60	28,50 - 32,50
Roggenmehl	27,10 - 29,50	26,90 - 29,25
Weizenkleie	10,50 - 11,00	10,50 - 11,00
Roggenkleie	10,50 - 11,00	10,50 - 11,00

Handelsrechtliche Notierungen. Weizen Dezember 237-236½ (Vortag 237), März 247 - 246½ (246½). Roggen Dezember 203½-202½ (204½), März 208 bis 207½ (208½). Hafer Dezember 161½-159 (161). März 171½-168½ (169½).

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier. Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 12. November. A. Deutsche Eier: Trink Eier, vollfrische gestempelte über 65 gr 14,25, über 60 gr 13,75, über 53 gr 12,75, über 48 gr 11, frische Eier über 53 gr 11,75, aussortierte kleine und Schmutzeier 7,50- 8,50. B. Auslandseier: Dänen 18er 13,50, 17er 13, 15½-16er 12, Litauer grosse 10,50, normale 8,50. 9, Rumänen 7,75- 10,75, Polen normale 8 - 8,50, abweichende 8-8,50, kleine Mittel- und Schmutzeier 6,50 - 7,50. C. In- und ausländische Kühlhauseier: extra grosse 11,50, grosse 10,50 - 10,75, normale 7 - 7,50. D. Kalkseier: Grosse 8,50, normale 6,25 - 6,75. Die Preise verstehen sich in Rpf. je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbezieher und Eiergrosshändler ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Witterung: veränderlich Tendenz: ruhig.

# Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 86.

Berlin, den 12. November 1931.

## Sachlichkeit als Mode.<sup>x</sup>

SPD. Als ich mich vor vier Jahren einmal in einer Ausstellung über gewisse "stilreine" Möbel belustigte, da fiel meine Freundin, die damals neftig für Betonbetten und siebenstöckige Kakteenetageren schwärmte, ganz aus den Wolken, denn sie hatte mich bisher immer für modern denkend gehalten. Sie hoffte im stillen, ich würde mich von meiner Rückständigkeit doch noch bekehren, und legt sich eifrig für ihre Ideale ins Zeug. Heute könnte ich nun einen billigen Triumph auskosten, denn was vor vier Jahren Mode war, das wird heute nur noch sehr vorsichtig gekauft, und die einkaufenden jungen Paare bevorzugen immer noch - oder schon wieder - "komplette" Zimmer.

Aber es war mir damals gar nicht darum zu tun, eine neue Sache nur wegen ihrer Neuheit abzulehnen, sondern meine Besorgnis galt den wohl erkannten guten Seiten dessen, was damals als "Neue Sachlichkeit" Mode war, und ich fürchtete mit Recht, man würde, wenn man sich einmal an den überbetonten Einzelheiten sattgesehen hätte, die ganze Sache als vergangene Mode abtun. Einzelheiten eine Mode werden sich ja immer ändern. Es wäre aber schade, wenn all die guten und vernünftigen Ideen vergessen würden, die den Vorschlägen zugrunde lagen, und bei denen doch die Bedürfnisse des modernen Menschen einerseits, der Familie andererseits so sehr in den Mittelpunkt der Gestaltung gerückt waren. Leider scheint doch ein Teil meiner damaligen Befürchtungen sich zu bewahrheiten, wennstens was die Wohnungsgestaltung in den durchschnittlichen bürgerlichen Verhältnissen anbetrifft.

Warum überhaupt Sachlichkeit? - Sachlichkeit will vor allen Dingen Wahrheit. Wahrheit auch in den Beziehungen, die wir zu dem einzelnen Raume haben. Die Wohnung soll Zeugnis ablegen von ihren Bewohnern, soll nichts vortäuschen, was nicht sein kann, weil es zu unserm Lebensstandard nicht passt. Sie soll auch nicht peinlich streng auf irgendeine Mode eingestellt sein, etwa so streng; das man sich daran, wie an allem nur Modischen, bald satt sieht. Der Raum soll seinem Zweck entsprechen. Es wird niemandem einfallen, ein Laboratorium mit seidenen Decken und Blumentöpfen zu schmücken, und umgekehrt wird niemans seine Wohnzimmer, selbst bei aller heutigen Neigung zu Hygiene und Sauberkeit, abwaschbar und weiss wie ein Operationszimmer herrichten. Suchen wir also eine eigene Linie zwischen der Mode von übermorgen und der von vorgestern, dann werden wir nicht nach zwei Jahren den sauer erworbenen Besitz als altmodisch verwünschen und uns selbst rückständig und überlebt darin vorkommen. Aber vielleicht helfen da ein paar Beispiele besser als abstrakte Ausführungen zum Verständnis dessen, woraus es ankommt.

Wir wollen uns beispielsweise nicht zumuten, ins eheliche Schlafzimmer zwei hochbeinige, auf Rollen fahrbare Krankenhausbetten zu stellen, lediglich weil es um jeden Preis modern sein soll. Uns gefallen aber auch nicht die neuerdings in den Möbelgeschäften auftauchenden Prunklager, die nach Art orientalischer Ruhelager ganz niedrig sind, jedoch aus irgend welchem unfasslichen Grunde noch kurze Fusstummel besitzen. Wie soll man, so fragt sich die Hausfrau, wenn sie sich nicht von dem Wörtchen "elegant" blenden lässt - also wie soll man da vorfegen? Staubsauger? Auch dessen Arbeit kann man nicht kontrollieren, weil man sich dazu flach auf den Boden legen müsste. Halten wir fest: Möbel sollen entweder ganz am Fussboden aufstossen und dann mit Schutzleisten versehen



sein, oder sie sollen so hohe Beine haben, dass bequem darunter gesäubert werden kann. Es gibt kein Stilgefühl, das solche Staubfänger rechtfertigt. Ein Gerät, das unbedingt wert wäre, die Sachlichkeit als Mode zu überleben, ist der Stahlhocker, der so vielseitig als Lese- und Serviertisch, als Nachttisch, Blumenbank, Reservestuhl Verwendung finden kann. Praktisch, wenn auch noch teuer, sind ferner die Möbel mit Schiebetüren. Man weiss doch, dass in unsern kleinen Zimmern meistens die Tür des Buffets nicht geöffnet werden kann, bevor nicht mindestens ein Stuhl vom Esstisch weggerückt ist.

Schrecken wir also nicht vor neuen Ideen zurück; überlegen wir aber immer was wir mit unsern Mitteln bezahlen, bewohnen, sauber halten können! Unverhünftig ist es, sich nur wegen der Leute, etwa für den Besuch, ein überflüssiges Zimmer anzuschaffen. Die Gefahr liegt nahe, dass, wie früher der "Salon", so heute das Herrenzimmer zur "kalten Pracht" wird, dessen Betreten der eigene Familie strengstens untersagt ist. All denen, die sich solche Zimmer anschaffen wollen, die sie nicht zu benutzen gedenken, rate ich gern, sich diese in beliebiger Anzahl an die Wände malen zu lassen, etwa wie Theaterkulissen, damit sie nie zu fürchten brauchen, es könnte der nochherrschaftlichen Pracht eine Krone aus dem siebenarmigen Deckenlüster herausfallen.

Die "Neue Sachlichkeit" gab uns mit ihren leichten, oft wirklich gut durchdachten Möbeln, mit ihren Vorschlägen zur schlichten, persönlichen Bequemlichkeit Mittel und Wege an die Hand, um uns zum Herrn unsres Heims zu machen. Lassen wir darum ihre guten und vernünftigen Gedanken zur rechten Zeit wirksam werden, auch wenn wir die "Sachlichkeit" als Mode nicht mitmachen!

L. Baumann.

### Die heilige Elisabeth.<sup>x</sup>

(Zum 700. Todestage am 19. November)

SPD. Seit Monaten feiert die katholische Kirche das Gedächtnis einer ihrer eindrucksvollsten Frauengestalten. Tagungen und Zusammenkünfte, Gottesdienste und Wallfahrten stehen im Zeichen der Elisabeth von Thüringen, jener von Sage und Wunderglauben tief umspinnenen heiligen Elisabeth, die durch die Gemälde Moritz von Schwinds, durch ein Oratorium von Franz Liszt und durch die wunderbare Erzählung von ihrem Gang in die Hütten der Armen, auf dem Speisen und Wein in duftende Rosen verwandelt wurden, volkstümlich geworden ist. Vor allem an den Stätten ihres Wirkens, in Eisenach und Marburg, wird die 700. Wiederkehr ihres Todesjahres festlich begangen. Auf der Wartburg, in Kapellen und Kirchen in den Buch- und Kunsthandlungen - überall Elisabeth-Statuen, Bilder, Postkarten, und in Marburg, ihrem Witwensitz, ist sogar eine besondere Elisabeth-Ausstellung eröffnet worden, in der die versunkene Welt des Mittelalters noch einmal lebendigen Ausdruck gewonnen hat.

Es ist zweifellos eins der interessantesten Jahrhunderte unsrer Geschichte eine von stark ausgeprägten geistigen und politischen Strömen und Gegenströmen durchwogte Zeit, in der die junge Landgräfin an der Seite ihres Gatten auf der Wartburg residierte. Dieses 13. Jahrhundert gehört aber auch zu den kompliziertesten, am schwersten deutbaren Zeiträumen des Mittelalters, über dem nicht, wie Scheffel einmal scherzhaft schrieb, gleichbleibende Finsternis lastete, sondern grelles Licht und dunkelste Schatten hin und her wogten. Es war die Blütezeit höfischen Glanzes, das Zeitalter der grossen Dichter des Mittelalters Wolfram von Eschenbach und Walter von der Vogelweide. Der Hof Hermanns von Thüringen war ihre geistige Heimat, und Elisabeth stand mitten in diesem reichen, bewegten Hofleben, in dem ritterlicher Glanz und Künstlertum, prunkende Feste und höchste Geistigkeit sich vereinigten. Es war das Zeitalter der Kreuzzüge. Die ganze Phantastik und Fremdartigkeit des Ostens, Fanatismus, religiöse Ueberspannung, politische und hierarchische Berechnung der Führer,

Abenteurerlust, kindliche Frömmigkeit und Not der Massen - alles das brandete an den Hof der Landgräfin, deren Vater und Gatte selbst hinauszogen in das Land der "Ungläubigen". Elisabeth sah die Schatten eines glänzenden, strahlend hellen Bildes: Armut, Krankheiten, Unsittlichkeit, Verfall und Elend in einer Masse, das alle Grenzen hinter sich liess. Ihr Weltbild sah wirklich so aus, wie es in einem mittelalterlichen Gedicht angedeutet ist. Sie sah die "Frau Welt", wie sie der Ritter Wernt von Gravenberg erblickte: als herrliche, schön geschmückte Gestalt - aber als sie sich umwendet, da zeigt sich, dass sie völlig mit Würmern, Maden und Blättern bedeckt ist. Elisabeth kannte dieses zweite Gesicht des Lebens; sie musste es täglich, stündlich von der Burg aus sehen, wenn die Trupps der Bettler, der Lahmen, Blinden, Kranken, der Vagabunden und Söldner flehend vor den Mauern standen. Bedrückte, hörige Bauern, die sich ihre Grundherren entziehen wollten, Hungernde, Kranke versuchten hier, wo die grosse Verkehrsstrasse am Fusse des Thüringer Waldes vorüberzog, wo sich um einen gastfreundlichen, kunstliebenden Fürsten Edelleute aus ganz Deutschland versammelten, wo ein Ausgangspunkt für die Kreuzzüge nach dem gelobten Lande vorhanden war, Arbeit, Unterkunft, Almosen und Hilfe zu finden.

Damals gab es noch keine organisierte Fürsorgetätigkeit. Es gab auch keine Massnahmen gegen Seuchen, überhaupt keine wissenschaftlich begründete Medizin. Was davon vorhanden war, das bestand aus einer Mischung von Volksheilkunde, Quacksalberei, Aberglauben und den spärlichen Resten der Lenre, die aus antiken Schriften, oft falsch verstanden, erhalten geblieben waren. Ein mittelalterlicher Holzschnitt hat ein Bild festgehalten, wie es wohl täglich zu sehen war: Um die Ritter, die von der Jagd in die Burg zurückkehren, drängen sich Bittsteller und Hilfsbedürftige. Auf der Landstrasse aber schiebt ein Bettler seine Gefährtin, die in einem ärmlichen Karren sitzt, mühsam vorwärts. Ihre ganze Habe besteht aus einer dickbauchigen Flasche, in der sie das Quellwasser schöpfen, und einer Gerte, um die bissigen Hunde abzuwehren. Ein anderer Holzschnitt zeigt, wo diese völliger Verkommenheit Preisgegebenen in ihrer Verzweiflung ihre letzte Rettung suchen: Halbirr vor Hunger und Erschöpfung werfen sie sich vor den Gnadenbildern nieder, die da und dort am Wege stehen und Ziele für Wallfahrten bilden. Denn wenn es auch da und dort heimlich zu raunen anfängt, wenn Sekten sich bilden, die ein anderes Christentum verwirklichen wollen, als es der Katholizismus bisher vermochte - die äussere Macht der Kirche ist noch unerschüttert. Sie ist die wirtschaftliche und geistige Grossmacht des Jahrhunderts. Nur eine Persönlichkeit vom Schlage Walters von der Vogelweide kann es wagen, so scharfe, so mannhafte Worte zu finden von den "Pfaffen, die Hühner essen und Wein trinken und die dummen deutschen Laien fasten lassen", vom Papst der zum reissenden Wolf geworden sei, der sich und die ganze Christenheit verderbe.

Ganz anders aber musste diese ungeheuer bewegte Zeit auf eine Frau von der Art Elisabeths wirken, die bereits als Vierjährige verlobt, als Vierzehnjährige verheiratet und mit 20 Jahren Witwe geworden war. Eine zu ungesunder Frühreife gezüchtete Mutter, die an Jahren noch ein Kind war, eine Ungarin aus streng katholischer Familie, Tochter des Königs Andreas, Nichte der heiligen Hedwig, die schon als Kind aus ihrem heimatlichen Lebenskreise herausgerissen worden war, eine zarte, wenig widerstandsfähige Erscheinung, die den Keim der Krankheit in sich trug, der sie dann auch mit 24 Jahren erlegen ist - sie musste auch zur Kirche eine ganz andere Haltung einnehmen als etwa die Persönlichkeit einer Hildegard von Bingen, die bei aller Frömmigkeit ein selbständiger, starker Mensch blieb, der auch den Konflikt mit den geistlichen Vorgesetzten nicht scheute. Elisabeth wurde völlig erdrückt durch eine Gestalt wie die ihres Beichtvaters Konrad von Marburg, den gefürchteten, fanatischen Inquisitor, der alle caritativen Kräfte dieser im völlig preisgegebenen Seele zu schärfster Askese anspornte. So wurde sie zum willenlosen Werkzeug der Kirche, dessen sich der Katholizismus bedienen konnte, um wankende Gläubige erneut zurückzurufen, um die grosse Idee der Liebe zu den Armen und Ärmsten, um Selbst-

entäusserung, einfachen Lebenswandel und grenzenlose Hilfsbereitschaft, alles das, was gerade die Geistlichkeit so oft vermessen liess, in einer schönen, rührend zarten Frauengestalt vor die verzweifelnden, hilfsbedürftigen Massen des Volkes ninzustellen. Allen Anklagen, die immer stärker und drohender gegen Papsttum und Klerus, gegen Heuchelei, Sittenverderbnis und Machtwillen aus diesen Massen aufstiegen, hielt die Kirche die Bilder ihrer Märtyrer, ihrer Apostel und Heiligen entgegen, lebendige Beispiele von Heldenhaftigkeit, reiner Gesinnung und aufopferndem Dienst am Nächsten, an jedem Menschenbruder, der in Not war. Auch die fast überirdisch anmutende, kindhafte Mutter, die in einer ärmlichen Hütte Marburgs ihr Leben beschloss, die Hungernde speiste und Kranke bei sich aufnahm, die ihrem kranken Körper die schärfste Askese aufzwang, wurde ein solches Heiligenbild, vor dem jede Anklage verstummen musste. Und wie vor Jahrhunderten, so hält auch heute noch die Kirche im Zeichen dieses verklärten, vom Heiligenschein umflossenen Frauenbildes Heerschau ab über ihre Gläubigen. Die ungarische Königstochter ist zur Heiligen Elisabeth geworden, zur wundertätigen Helferin, zum Symbol aller der Kräfte, die die werktätigen Massen des Volkes im Bereich des modernen Faustrechts, des Kapitalismus, der sie mitleidslos der Verelendung preisgibt, vergeblich in der Wirklichkeit suchen.

E.M.

### Geburtenzahl und soziale Lage.<sup>x</sup>

SPD. Dass die Frage der Geburtenregelung bzw. der Verhütung der Empfängnis die grösste Bedeutung für die proletarischen Schichten hat, die im Verhältnis zu andern eine übergrosse Kinderzahl haben, wird durch Zahlen bewiesen, die sich in gleicher Weise in den verschiedenen Ländern wiederholen. Für Deutschland haben Dresel und Fries im 7. Jahrgang der "Öffentlichen Gesundheitspflege" festgestellt, dass in 900 Ehen bei einer Ehedauer von 15 Jahren die Akademiker durchschnittlich hatten:

	2,7 Kinder,
Angehörige der freien Berufe:	3,04,
Beamte und Lehrer:	3,2,
Kaufleute:	3,4,
Selbständige Handwerker:	3,8,
Angestellte:	4,3,
Arbeiter:	6.

Die gleiche Erscheinung ist in andern Industrieländern wahrzunehmen, vor allem in England und Amerika. In England hat sich ja sogar eine Konferenz der Bischöfe für eine Geburtenregelung ausgesprochen, und bei der Beratung dieser Frage im englischen Oberhause am 28. April 1926 wurden folgende Zahlen vorgebracht:

Auf 1000 Verheiratete unter 50 Jahren kamen Kinder:

bei Lehrern:	93,
bei Geistlichen:	100 bis 102,
bei Ärzten u. Beamten:	103 bis 105,
bei gelernten Arbeitern:	153,
bei ungelernten Arbeitern:	247.

Bei dieser englischen Statistik ist besonders beachtenswert, dass die Kinderzahl bei gelernten und ungelernten Arbeitern getrennt gezählt wurde, und dass sie bei ungelernten Arbeitern so unverhältnismässig höher war als bei gelernten. Nun wird ja von Gegnern der Empfängnisverhütung immer geltend gemacht, dass bei grösserer Vertrautheit mit den Möglichkeiten der Verhütung die Bevölkerungszahl in verhängnisvoller Weise sinken würde. Auch das kann widerlegt werden durch Erfahrungen aus Holland, wo arme Mütter bereits seit 30 oder 40

Jahren über Empfängnisverhütung aufgeklärt werden, ohne dass dort die Geburtenzahl nennenswert gesunken ist. Frankreich dagegen hat durch ein Gesetz vom Jahre 1920 die Bekanntgabe von Verhütungsmitteln verboten, ohne dadurch etwa eine Steigerung der Geburtenzahl zu erreichen. H.L.

### Volkstanz der Ehemänner.<sup>x</sup>

Von Weare Holbrook (New York).

SPD. Volkstänze sind heute die grosse Mode in Amerika.

In Katzelshausen gründete Frau Challis eine Vereinigung zur Pflege der Volkstänze. Alle Hausfrauen des Ortes traten ihr bei. Die erste Veranstaltung sollte der Verherrlichung der Landwirtschaft gewidmet sein. Ein Weizenpreis von zweiundsechzig Cents das Bushel ist zwar nicht der geeignete Anlass zum Festfeiern, aber Frau Challis meinte, es müsste etwas getan werden, um die Moral der Landwirte zu heben.

Die Frauen von Katzelshausen, begierig, sich im Interesse der Kunst ein paar Pfund Körpergewicht abzuarbeiten, kamen in hellen Scharen. Die Proben waren anstrengend und zeitraubend. So ereignete es sich immer wieder, dass die Ehemänner, wenn sie Abends aus dem Büro nach Hause kamen, ihre Frauen erschöpft auf dem Sofa liegend vorfanden und keinerlei Anstalten zur Zubereitung eines Abendessens getroffen worden waren.

Nach drei Wochen, gekennzeichnet durch kalte Mahlzeiten, selbstgemachte Betten und ungestopfte Socken, wurde Herr Challis widerspenstig. "Wie lange wird denn dieser Volkstanz-Wahnsinn noch fort dauern?" fragte er.

"Ich muss schon sehr bitten!" antwortete Frau Challis. "Wir dienen der Kunst. Nächste Woche sind wir mit den Proben für "Lob der Landwirtschaft" fertig. Aber dann beginnen wir gleich mit der Vorarbeit für die Weihnachtsvolkstänze."

"Wie wird denn das "Lob der Landwirtschaft" aussehen?"

"Es besteht aus vier Teilen", erwiderte Frau Challis. "Der erste Teil heisst Frühling. Wir kommen im Gänsemarsch auf die Bühne und schwingen unsere Arme hin und her, als ob wir säen würden. Dann kommt der Sommer. Wir springen in die Luft, um das Wachsen der Halme zu versinnbildlichen, und rennen hin und her wie Weizenfelder im Winde."

"Hm...", wandte Herr Challis bescheiden ein, der noch nie ein Weizenfeld hin und her rennen gesehen hatte.

"Der dritte Teil ist der Herbst", fuhr Frau Challis unbeirrt fort. "Wir kommen als Drescher auf die Bühne und singen bei der Arbeit. Andere schwingen die Sicheln und drehen sich rhythmisch hin und her. Der vierte Teil heisst selbstverständlich Winter. Ueber diesem Teil bin ich mir noch nicht vollständig im klaren. Kannst du mir vielleicht sagen, was mit dem Getreide geschieht, wenn man es gedroschen und in Garben gebunden hat?"

"Genau das möchten auch die amerikanischen Farmer für ihr Leben gern herausbekommen. Sie wissen auch nicht, was sie mit ihrem Getreide anfangen sollen", antwortete ihr Gatte.

"Nun, ich werde das schon zustandebringen", schloss Frau Challis die Unterhaltung. "Die Hauptsache ist, dass wir durch unsern Rhythmus die Poesie der Arbeit versinnbildlichen!"

Diese Bemerkung gab Herrn Challis zu denken. In aller Heimlichkeit suchte er die Ehemänner von Katzelshausen auf, deren Gattinnen in der Vereinigung zur Pflege des Volkstanzes tätig waren, und gründete ein Konkurrenzunternehmen. Aber hier wurden nur wenige Proben veranstaltet. Am Vorabend der Veranstaltung "Lob der Landwirtschaft" wurden die dem Volkstanz ergebenden Gattinnen zu einem Tanzabend "Lob der Hausarbeit" eingeladen.

"Was wir anstreben", sagte Herr Challis in einer kurzen einleitenden Ansprache an die versammelten Frauen, "ist, ein wenig Kunst in euren Alltag zu bringen. Wir wollen euch die Schönheit und Würde der Arbeit vor Augen führen. Wir wollen euch zeigen, dass auch die häusliche Arbeit von rhythmischer Poesie erfüllt ist!"

Hier setzte das Orchester ein, und zwölf Ehegatten tanzten auf die Bühne. Sie trugen saubere, weisse Servierschürzen. Ihren Hemden fehlten die Knöpfe, weshalb sie vorn durch Sicherheitsnadeln zusammengehalten waren. Sie trugen keine Schuhe, sondern nur Strümpfe, durch deren Löcher Ferse und Zehen sichtbar waren. Von anmutiger Musik begleitet vollführten sie die Bewegungen des Auskehrens, Staubaufwischens und Bürstens. Dann trat Herr Challis als Salome auf, die einen leidenschaftlichen Tanz um einen leeren Eiskasten inszenierte.

Die nächste Nummer führte die eindrucksvolle Bezeichnung "Kaltes Mittagessen". Die Tänzer versinnbildlichten ihren Hunger, indem sie ihre Hände über der Magengegend kreisen liessen und im Fusspitzentanz um leere Kochtöpfe hüpfen. Dann erschien einer mit einer Konservenbüchse Bohnen, die er feierlich vor sich her trug. Die anderen verfolgten ihn mit Büchsenöffnern, und es folgte ein wilder Zigeunertanz, in dessen Verlauf der Konservenbüchsenbesitzer überwältigt wurde. Nachdem die Bohnen verzehrt worden waren, reichten sich die Tänzer die Hände und brachten durch einen Trauermarsch um die leere Konservenbüchse ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck.

Die letzte Darbietung war eine Tanzpantomime. Sie hiess: "Wohin rollst du, Knöpfchen?" Laut Programm lag ihr folgende Handlung zu Grunde: "Der Bauer Henpek kommt vom Markte nach Hause. Er hat einen wichtigen Knopf verloren. Er vollführt einen langsamen, traurigen Tanz, indem er sich nach Nadel, Zwirn und Knopf umsieht. Da er nichts davon findet, setzt er sich auf den Boden und träumt. Plötzlich erscheint ihm eine gute Fee. Sie gestattet ihm die Wahl zwischen drei Geschenken: einem Mantel, der unsichtbar macht, einer Zigarette, die Vergessen schafft, und einer altmodischen Sicherheitsnadel. Henpek wählt die Sicherheitsnadel und bringt seine Dankbarkeit in einem Freudentanz zum Ausdruck, dem sich die übrigen Tänzer anschliessen.

Nach Schluss der Vorstellung verliessen die Teilnehmerinnen an den Proben der Vereinigung zur Pflege des Volkstanzes schweigend und nachdenklich den Saal. Der Tanzabend "Lob der Landwirtschaft" wurde auf unbestimmte Zeit verschoben - "wegen plötzlicher Indisposition eines Teiles der Tanztruppe", wie sich der Ketzelshausener "Unpolitische Anzeiger" ausdrückte.

(Einzig autorisierte Uebersetzung von Leo Korten.)

SPD. Die verliebte Lehrerin.<sup>x</sup> Michail Kalinin, der Präsident der Sowjet-exekutive, übt in repräsentativer Hinsicht auch die Funktion eines Staatspräsidenten der Sowjetunion aus und ist in Russland ausserordentlich populär. Zu seiner Beliebtheit, besonders in ländlichen Kreisen, hat nicht wenig seine gern betonte bäuerliche Abstammung beigetragen. Er bekommt deshalb auch viele Zuschriften vom Lande. Eines Tages schrieb ihm eine landwirtschaftliche Lehrerin, die kurz vorher einen Vortrag von ihm gehört hatte, einen überschwenglich begeisterten Brief. Unbekümmert um das hohe Alter Kalinins - er ist schon weit über sechzig - schrieb die Lehrerin, es sei ihr höchster Wunsch, von so einem Manne wie Michail Jwanowitsch, am liebsten von ihm selbst, ein Kind zu haben. Kalinin ist ein sehr gütiger Mensch, und er war in einiger Verlegenheit, wie er hier helfen könnte, da die Gesetze der Natur seiner diktatorischen Allmacht eine Grenze setzten. Aber er wusste sich zu helfen. Der (damalige) Volkskommissar für Unterrichtswesen - Lunartscharski - ist ein junger Mann, und ausserdem handelt es sich ja um eine Lehrerin, denkt Kalinin. Darauf schrieb er auf den Rand des Briefes: "Betrifft Lehrerin; soll Lunatscharski erledigen."

und schlug ihn zu Boden. Der Besitzer des gestürzten Cafés Reimann am Kurfürstendamm sagt aus, dass die Burschen wie die Vandalen gehaust hätten. Ein Trupp von etwa 30 Mann drang plötzlich in den Vorgarten ein, verprügelte die Gäste, zerschlug Tische, Stühle und Geschirr und warf unter ohrenbetäubendem Getöse die Stuhltrümmer durch die krachenden Fensterscheiben. Der Zeuge ist der Ansicht, dass es sich um einen planmässig vorbereiteten Ueberfall handelte da die Rowdies das Café erst systematisch umzingelt hatten und dann, anscheinend auf ein Signal hin, stürmten. Diese Beobachtung des Zeugen Reimann wird wesentlich unterstützt durch das Zeugnis eines völlig unpolitischen, ebenfalls christlichen Zeugen, des Kaufmanns Linden, der völlig ahnungslos vor seinem Geschäft am Kurfürstendamm stand und von den rasenden Horden niedergeschlagen wurde. Der Zeuge hat beobachtet, dass sich die SA-Leute fortwährend Signale und Zeichen gegeben haben und dass sie einmal hierhin und einmal dorthin dirigiert wurden. "Es ging organisierter und methodischer zu als beim Militär," sag der Zeuge.

Die Aussagen der Polizeibeamten, die sehr detaillierte Angaben machen, belasten die Angeklagten ebenfalls aufs schwerste. Auch die Polizeioffiziere, darunter der leitende Beamte des Bezirks, Polizeimajor Wecke, sind sämtlich der Ansicht, dass die Pogromaktion eine organisierte und abgemachte Sache war. Der Polizeiwachtmeister Henning belastet den Angeklagten Kuhnt, der ganz "zufällig" in den Tumult hineingeraten sein will. Er erkennt in ihm einen der Hauptschreier wieder, der auch, als er verhaftet war, das Randalieren und Töben noch fortsetzte. Weit wichtiger und interessanter als die Ueberführung der einzelnen Rowdies ist die Tatsache, dass die Beweisaufnahme mit Sicherheit erbracht hat, dass die SA-Leitung und auch die Führung des Jungstahlhelms Charlottenburg den blutigen Pogrom inszeniert und geleitet haben. Mehrere Polizeioffiziere und vor allem die Zeugen Deterding, der eine Kaufmann, der andere Student, sagen unter Eid aus, dass sie den SA-Funktionär Gewehr und den Grafen Heldorf, den flüchtigen SA-Leiter, am Kurfürstendamm beobachtet haben, wie sie fortwährend Befehle an die Rowdy-Trupps ausgaben und überall dabei waren, wo der Krawall aufflackerte. Häufig seien sehr elegant gekleidete Leute an das Auto der SA-Führung herangetreten, um sich Anordnungen geben zu lassen. Das waren jene "Proletarierführer", die die SA-Erwerbslosen gegen die "Goldjuden" hetzten. Auch der Stahlhelmführer Wilhelm Brandt, ein 31jähriger Diplomingenieur, der mit seinen "Unterführern" gleichfalls die Krawallstätte auf und ab fuhr, wird durch die Beobachtungen mehrerer Polizeioffiziere als Rädelsführer der verbrecherischen Aktion gekennzeichnet.

Es ergibt sich die interessante Tatsache, dass Stahlhelmer und Nazis gemeinsam einen Judenpogrom inszenieren, der an Pöbelhaftigkeit, Heimtücken und Niedertracht kaum zu überbieten ist. Reichspräsident von Hindenburg ist immer noch Ehrenpräsident des Stahlhelm.....

SPD. Paris, 19. September (Eig. Drahtb.)

Auf einem Forts bei Marseille meuterten einige Marinesoldaten, die "wegen aufsässigen Benehmens" nach Korsika eingeschifft werden sollten. Neun Matrosen weigerten sich, den Weg zum Hafen anzutreten, stiessen beleidigende Worte gegen ihre Vorgesetzten aus, verbarrikadierten sich und sangen die International. Eine telephonisch herbeigerufene Gendarmerieabteilung nahm die Matrosen fest und brachte sie auf das Schiff. In Toulon wurden die neun Matrosen auf Befehl des Marinepräfecten ausgeschifft und unter starker Bewachung in das dortige Gefängnis gebracht. Sie werden hier entweder vor ein Kriegsgericht gestellt oder disziplinarisch bestraft.